Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 94. Mittag-Ausgabe. Zweiundsechszigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag. **Freitag, den 25. Februar 1881.**

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

4. Sitzung vom 24. Februar.

11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes von Bötticher, Scholz, v. Stosch, v. Kameke, Burchard, Stephan u. A., etwas später Fürst Bismarck.

Der Reichstag erhält erst heute officiell Kenntniß von dem Verlust, den er durch den Tod Oetkers erlitten hat und ehrt sein Andenken in der üblichen Weise. Eingegangen sind: Uebersichten der Ergebnisse des Heeresergänzungsgeschäfts im Reichsgebiete für das Jahr 1879, Protokolle über die Verpflichtung des Präsidenten und der Mitglieder der preußischen Hauptverwaltung der Staatsschulden, Denkschrift über die Ausführung der Anleihegesetze, neunte Denkschrift über die Ausführung der Münzgesetzgebung und der Bericht über die Thätigkeit des Reichscommissars für das Auswanderungswesen während des Jahres 1880. Ein Schreiben des Abg. v. Hertling, der als außerordentlicher Professor ohne Gehalt nach Bonn berufen ist, geht an die Geschäftsordnungscommission, die über die Fortdauer seines Mandats entscheiden wird.

Stadtkämmerer Runge hat dem Reichstage 300 Tribünenkarten zu der Einzugsfeierlichkeit am 26. d. M. übersandt. Der Gesammtvorstand hat seinerseits beschlossen, an den Kaiser und den Kronprinzen Adressen zu richten. Ferner wird eine Deputation zur Gratulation am 1. März vorgeschlagen und bestimmt, die Adresse unterschreiben und die Deputation ausführen zu lassen durch den Gesammtvorstand. Diese Anordnungen entsprechen den Wünschen des Hauses.

Staatssecretär des Reichsschatzamtes Scholz wirft zunächst einen Rückblick auf das letzte abgeschlossene und den wahrscheinlichen Verlauf des laufenden Finanzjahres. Während das Jahr 1778—79 ein Deficit von nahezu 6 Millionen Mark hinterließ, ergab die Rechnung des Jahres 1879 bis 80 einen Ueberschuß von fast 23 Millionen, noch 2 Millionen mehr, als in der vorjährigen Etatsberathung in Aussicht gestellt wurde, in Folge der neuen Zollgesetzgebung und der im Hinblick auf sie außerordentlich gesteigerten Einfuhr. Der Etat hatte die Mehreinnahme noch nicht mit berücksichtigen können, das Zollgesetz vom 15. Juli 1879 überwies sie nur insofern, als sie dem 2. Semester angehörte, den Einzelstaaten in Form der Abrechnung von Matricularbeiträgen. So verblieb die Mehreinnahme des ersten Semesters der Reichskasse, so brachte die erste Hälfte des Etatsjahres eine zu den Ausgaben des Reichs nicht hinzugezogene Einnahme von etwa 24½ Mill. Ohne diese würde das Jahr wie seine Vorgänger mit einem, wenn auch geringfügigen Deficit abgeschlossen haben. Denn die Ausgaben der Armee waren ca. 4½ Millionen geringer, als es im Etat angenommen war; die Einnahmen aus der Salzsteuer, der Post- und Telegraphenverwaltung, den Reichseisenbahnen u. s. w. ergaben ein Mehr von über 7 Millionen, so daß im Ganzen 11½ Millionen Mehreinnahmen sich herausstellten. Diesen Einnahmen trat jedoch ein Ausfall von 13 Millionen gegenüber, woran die Rübenzuckersteuer mit etwa 5½ Millionen, die Branntweinsteuer mit 2,700,000 M., die Brausteuer mit 1 Million, das Bankwesen mit 1½ Millionen M. sich betheiligten. Von der großen unveranschlagten Mehreinnahme des ersten Semesters an Zöllen mußte daher noch ein Betrag von rund 1,400,000 M. zur Deckung der Ausgaben des Jahres 1879/80 in Anspruch genommen werden. Der so auf 23 Millionen Mark reducirte Ueberschuß des Jahres 1879/80 steht für das Etatsjahr 1881/82 nur noch mit 6½ Millionen zur Verfügung, während 16½ Millionen bereits in den Etat des laufenden Jahres zur Deckung der Ausgaben desselben eingestellt wurden.

Von dem laufenden Jahre läßt sich ein ähnlicher erheblicher Ueberschuß nicht erwarten, denn der Etat des laufenden Jahres hat die Quelle, aus der jener Ueberschuß geflossen, zwar nicht verstopft, wohl aber mit ihren Ergebnissen in sich aufnehmen müssen zur Deckung der Ausgaben des laufenden Jahres, so daß für das Reich von den Zöllen und der Tabaksteuer ein Ueberschuß im laufenden Jahre überhaupt nicht möglich ist. Die Einnahme des Reichs an Zöllen und Tabakssteuern beschränkt sich auf das gesetzliche Fixum von 130 Millionen; aber auch was über diese 130 Mill. hinaus gesetzlich den einzelnen Staaten zu überweisen war und im laufenden Etat auf 40,624,000 Mark veranschlagt ist, einen für den Reichshaushaltsetat nur durchlaufenden Posten bildet, das Schlußergebniß der Berechnungen des Reichshaushaltsetats also gar nicht ändern konnte, scheint nicht zu niedrig veranschlagt zu sein und keinen Ueberschuß für die Einzelstaaten in Aussicht zu stellen. Wir haben auf diese 40 Millionen Mark für die beiden ersten Quartale des Etatsjahres nur 8 Millionen, für das dritte Quartal nur 14 Millionen abzuliefern gehabt, und für das letzte Quartal werden wir kaum mehr als die zur Erfüllung dee Etatsumme noch fehlenden Summen von rund 18 Millionen einnehmen und abzuliefern haben. Ueberhaupt scheint der Etat, nach den ersten zehn Monaten seiner Handhabung zu urtheilen, recht zutreffend zu sein. Wir dürfen nach Abzug der nirgends besonders erheblichen Minderausgaben auf Mehrausgaben zum Betrage von etwa 2 Millionen Mark uns gefaßt machen. Hierbei participirt die Verwaltung des Innern, bei der wir im vorigen Jahre zur Bewältigung der Rinderpest eine Mehrausgabe von 78,000 Mark aufzuwenden hatten und in welcher die Kosten der Weltausstellung in Melbourne eine Nachtragsbewilligung von 192,000 Mark erforderten.

Die Verwaltung des Reichsheeres weist eine Mehrausgabe von 1,294,000 Mark nach, an welcher die Titel der Naturalverpflegung wegen der höheren Preise für Roggen, der höheren Beträge für Flurentschädigungen und für das Remontewesen betheiligt sind. Die Mindereinnahmen von 1½ Mill. vertheilen sich auf die Branntweinsteuer mit 1,387,000 M. und die Spielkartensteuer mit 100,000 M., zusammen ein Minus von etwa 3½ Mill. Mark für die Rechnung. Dem gegenüber stehen als Mehreinnahmen etwa 6½ Mill. M. in Aussicht, und zwar hauptsächlich bei der Salzsteuer über 1 Million, bei der Post- und Telegraphenverwaltung ein Ueberschuß von 3 Millionen und bei der Eisenbahnverwaltung von 2 Millionen. Balancirt man nun die Minderergebnisse von 3½ Millionen gegen diese Mehrergebnisse von 6½ Millionen, so würde die Rechnung des laufenden Jahres mit etwa 3 Millionen Ueberschuß abschließen. Hierzu muß ich jedoch bemerken, daß die Annahme, die Rübenzuckersteuer werde den Etat erfüllen, ziffermäßig nach dem Vergleich der bis jetzt vorliegenden mit der Ist-Einnahme der Vorjahre nicht zutreffen wird, vielmehr auf einen Ausfall von etwa 5 Mill. zu rechnen ist. Dies ist um so mehr gerechtfertigt, als wir in den ersten 10 Monaten dieses Jahres an Ausfuhrbonificationen bereits 28 Millionen zu zahlen gehabt haben, 5 Millionen mehr als die höchste Jahresziffer, die bisher zu zahlen gewesen ist, eine Erscheinung, die jedenfalls zu besonderen Erwägungen Anlaß giebt. Für jetzt möchte ich nur auf das übereinstimmende Urtheil der Fachmänner hinweisen, wonach für das laufende Jahr die Ausfuhr an Zucker beendigt sein dürfte und für die Monate Februar und März keine Zahlung von ähnlichen Beträgen an Ausfuhrbonificationen wie im Vorjahre zu besorgen ist. Jedenfalls ist aber unzweifelhaft, daß das Resultat des laufenden Jahres als ein kleiner Ueberschuß, aber ebenso gut als ein kleiner Fehlbetrag zu betrachten ist.

Was den vorliegenden Etat betrifft, so ist der Hauptetat formell vereinfacht und von einer großen Masse ganz überflüssiger Positionen und Zahlen befreit, die Specialetats sind durch die Aufnahme auch der außerordentlichen und einmaligen Ausgaben vervollständigt. Rechtliche Bedeutung kann und soll diese Aenderung nicht haben. In materieller Hinsicht charakterisiren den neuen Etatsentwurf einmal die auf rund 26 Millionen mehr veranschlagte weitere Einnahmesteigerung von den Zöllen und der Tabaksteuer und dann der auf rund 24½ Millionen berechnete Mehrbedarf an Matrikularbeiträgen. Bekanntlich gab bei der vorjährigen Etatsberathung die Veranschlagung des Ertrages aus den Zöllen und der Tabaksteuer zu erheblichen Zweifeln Anlaß, indem dieselben als viel zu gering angenommen wurden. Der thatsächliche Verlauf hat den vorsichtigen Anschlag der verbündeten Regierungen gerechtfertigt. Noch bis zum October vorigen Jahres hatte es den Anschein, als ob auch dieser Anschlag nicht erreicht werden würde. Seitdem haben sich die Anzeichen gemehrt, daß die thatsächlichen Gründe, nämlich die großen Vorräthe, welche eine kräftige Entwickelung der Zolleinnahmen zurückgehalten haben, in rascherem Tempo abnehmen und es haben sich auch neue bessere Grundlagen für eine richtige Schätzung des Ertrages der Tabaksteuer noch gewinnen lassen. Es erschien deshalb unbedenklich, eine höhere Veranschlagung in Höhe von 26⅓ Millionen vorzunehmen. Der Effect der neuen Zollgesetzgebung für den Etat pro 1881/82 ist rund 84,400,000 M. Der Etat von 1879/80 wies an Einnahmen von Zöllen und der Tabaksteuer 107,260,000 M. nach, der Etat 1880/81 196,690,000 M. Den Einzelstaaten waren überwiesen 66,660,000 M. Die Erhöhung der Matricularbeiträge ist bedingt durch das Gesetz vom 6. Mai vorigen Jahres, betreffend Ergänzungen und Aenderungen des Reichs-Militär-Gesetzes. Die fortdauernden Ausgaben erhöhen sich gegen das Vorjahr um rund 22,600,000 M., daran participirt vornämlich die Militärverwaltung mit 17,899,936 M., die Marineverwaltung mit 2,226,037 Mark, sodann die Reichsschuld mit 1,600,000 M. zur Verzinsung der hinzukommenden Anleihe.

Bis zum Schluß des vorigen Monats sind die Beträge der Anleihen von 1877, 1878 und 1879 im Wesentlichen realisirt durch Begebung von 251 Millionen Mark. Nominell ist erzielt der bewilligte Credit von 241,784,150 Mark. In dem letzten Jahre 1880/81 sind davon realisirt 32,942,400 Mark und zwar zu einem Durchschnittscourse von 100,50; zu begeben sind in den Händen der Regierung nur noch die Beträge der Anleihen von 1880 zu rund 38 Millionen. Endlich ist bei den fortdauernden Mehrausgaben noch zu erwähnen der allgemeine Pensionsfonds, der ein Mehr von 504,796 Mark beansprucht, wovon auf das Heer 463,480 Mark entfallen, auf die Marine 26,000 Mark, auf die Civilverwaltung 15,000 M. Die einmaligen Kosten der Heeresverstärkung im Betrage von 23,800,000 Mark sind im Entwurf unter den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats nicht mitgezählt, weil diese Ausgaben ihrer Natur und ihrem Betrage nach nur auf dem Wege der Anleihe zu decken sind. Die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats vermindern sich gegen das Vorjahr also um rund 6 Millionen, da erstens bei allen Verwaltungen, die an diesen Ausgaben participiren, ein etwas geringerer Bedarf eingetreten ist, sodann aber die Deckung eines Deficits, wie im laufenden Etat die des Deficits vom Jahre 1878/79, nicht vorgesehen war. Die eigentlichen Einnahmen des Reiches vermindern sich im Ganzen um rund 8 Millionen. Bei den Verbrauchssteuern, mit Ausschluß der Zölle und der Tabaksteuer, wird im Ganzen auf ein Plus von 2,261,180 Mark gerechnet, nur die Branntwein- und die Brausteuer werden ein Minus ergeben. — Die Post- und Telegraphenverwaltung nimmt einen Mehrüberschuß von 2,048,100 Mark in Aussicht. Wenn diese nach dem vorhin Mitgetheilten für das laufende Jahr einen Mehrüberschuß von drei Millionen Mark in Aussicht stellt, für das nächste Jahr dagegen nur einen um eine Million geringeren, so rührt das daher, daß die stetig günstigen Verhältnisse dieser Verwaltung es dringend wünschenswerth machen, eine schon lange zurückgestellte, aber billige und im Interesse des Dienstes wünschenswerthe Ergänzung des Besoldungsfonds vorzunehmen, und daß es andererseits nothwendig erschien, die Post- und Telegraphenanstalten im Interesse der Landbevölkerung zu vermehren. Eine solche Vermehrung liegt im Interesse der Billigkeit, wie im Staatsinteresse.

Die Reichsdruckerei verheißt einen Ueberschuß von 108,180 M., die Eisenbahn-Verwaltung einen von 672,000 M. gegen 2 Millionen für das laufende Jahr. Indeß erklärt sich das daraus, daß der Ueberschuß des Eisenbahn-Etats zurückzuführen ist zum erheblichen Theil auf Ausgabe-Ersparnisse, deren Wiederkehr im nächsten Jahre nicht zu erwarten ist, und daß im Uebrigen hauptsächlich die Erträge des Güterverkehrs von Einfluß gewesen sind, die sehr großen Schwankungen unterliegen und denen gegenüber es nicht gerechtfertigt erschienen ist, auf die außerordentlich günstigen Ergebnisse des laufenden Jahres nun auch zugleich eine höhere Etatsziffer für das kommende Jahr zu basiren. Es lassen sich nun andererseits Mindereinnahmen vorhersehen: der Spielkartenstempel 29,000 M., der Wechselstempel 169,000 M., die Zinsen von belegten Reichsgeldern 917,000 M., die Ersparnisse aus der französischen Kriegskosten-Contribution, die, wie die Herren sich erinnern, immer zur Deckung von außerordentlichen Ausgaben des Etats in Rückeinnahme kommen, 1,706,000 M., und vor Allem das Capital der Ueberschüsse aus früheren Jahren, welches, wie ich schon erwähnte, dem laufenden Jahre 16½ Millionen Mark zuführte, im nächsten Jahre aber nur noch 6½ Millionen zuführen kann, also eine Mindereinnahme von 10,138,556 M. darstellt. Wären nicht im vorigen Jahre dem Vorschlage der verbündeten Regierungen entgegen von dem damals streng genommen überhaupt noch nicht verfügbaren Ueberschuß des Jahres 1879/80 schließlich noch 10 Millionen Mark mehr in den Etat des laufenden Jahres gestellt, die Matrikularbeiträge für dieses Jahr also in außerordentlicher Weise um 10 Millionen Mark vermindert worden, so würden sie auch nicht für das nächste Jahr um 20 Millionen Mark zu erhöhen sein, sondern sie würden ziemlich dieselbe Ziffer für beide Jahre beibehalten haben und für das nächste Jahr nur um 4½ Millionen Mark zu erhöhen sein.

Wie der Etat sich nun aber jetzt gestaltet, bleibt es eine unerwünschte Thatsache, daß das Reich dasjenige, was es mit der einen Hand bei den Erträgen der Zölle und Steuern den Einzelstaaten mehr giebt, mit der anderen Hand bei den erhöhten Matricularbeiträgen fast in demselben Betrage ihnen wieder abnehmen muß. Diese Thatsache enthält eine verstärkte Aufforderung zum baldigen Zustandekommen der neuen Steuergesetze mitzuwirken, welche die dringend nothwendige Vermehrung der Einnahmen des Reiches, die den Einzelstaaten zu gute kommen sollen, bezwecken. Daß die Verhandlungen über diese Vorlagen von denen über den Etat getrennt bleiben können, wird beide Verhandlungen wesentlich erleichtern. Was den außerordentlichen Etat betrifft, so hat sich derselbe für das laufende Jahr auf rund 21,700,000 Mark vermindert und würde sich für das nächste Jahr auf rund 43,900,000 Mark vermindern, weil die großen Unternehmungen als fast vollendet nur noch wenige Mittel in Anspruch nehmen. Da jedoch die einmaligen Kosten der Heeresverstärkung füglich nur hierher verwiesen werden können mit 23,800,000 Mark, so erhöht sich die Ziffer des außerordentlichen Etats für das nächste Jahr wieder auf 65,700,000 Mark, und die im Wege der Anleihe zu beschaffende Deckung von 33 Millionen im laufenden Jahre auf 53,300,000 Mark für das nächste Jahr. Nach alledem hoffe ich, daß das Etatgesetz, der Etat und das Anleihegesetz in dem hohen Hause sehr erheblichen Ausstellungen nicht begegnen, vielmehr im Wesentlichen, so wie aufgestellt, annehmbar erscheinen werden.

Der Präsident v. Goßler theilt an dieser Stelle einen Antrag des Abg. v. Minnigerode mit, welcher einzelne Capitel des Militär- und Marine-Etats, das gesammte Extraordinarium, sowie die Einnahme-Capitel 1: Zölle und Verbrauchssteuern, und Cap. 18: Ueberschüsse aus früheren Jahren der Budget-Commission überweisen will. Im Laufe der Debatte gehen noch weitere Anträge ein, welche weitere Capitel des Militäretats der Budget-Commission überweisen wollen. Abg. v. Minnigerode erweitert daher seinen Antrag dahin, daß der gesammte Militäretat in die Commission verwiesen werden soll.

Abg. Richter (Hagen): Die beiden interessantesten Zahlen des Etats bezeichnen ihn vollständig: die Ueberschußrente an die Einzelstaaten aus den neuen Zöllen und der Tabaksteuer erhöht sich um 26 Millionen und gleichzeitig erhöhen sich die Matricularbeiträge um 24½ Millionen, so daß den Einzelstaaten mit der anderen Hand genommen wird, was ihnen mit der einen gegeben worden, es bleibt also nur ein Trinkgeld aus den neuen Steuern und Zöllen von 1½ Millionen, für jeden Reichsbürger noch nicht 4 Pfennig. Das Resultat des Franckenstein'schen Antrages ist also gleich Null. Der Herr Schatzsecretär hat dafür freilich ein sehr bequemes Mittel der Abhilfe, nämlich immer wieder neue Steuern aufzuschütten; aber wer bürgt dafür, daß auch nach ihrer Bewilligung nicht dasselbe Resultat zum Vorschein kommt? Befremdend aber ist es, daß Herr Scholz die neuen Steuer-Vorlagen mit diesem Etat in Verbindung bringt, während uns soeben im preußischen Abgeordnetenhause so feierlich wie möglich gesagt worden ist, daß alle neuen Steuern mit dem Reichsetat gar keine Verbindung hätten, sondern „unverkürzt" — das wollte die Regierung sogar in das Gesetz schreiben — zum Erlaß directer Steuern in den Einzelstaaten verwendet werden sollen. (Sehr richtig!) Die 24½ Millionen Mark Erhöhung der Matricularbeiträge sind im Wesentlichen Folgen der militärischen Aufwendungen.

Der preußische Etat sieht für diese Erhöhung keine Deckung vor. Der Finanzminister verwies darauf, daß im Reichstage sich die Beträge ändern könnten, forderte also indirect zu Ersparnissen am Militäretat auf, welcher den Reichsetat bestimmt. Auch solche, welche im vorigen Jahre die Militärnovelle befürworteten, wiesen auf solche Ersparnisse andererseits hin. Der Kanzler bemerkte neulich im Abgeordnetenhause — und gerade die Spontaneität dieser Erklärung verleiht ihr einen besonderen Werth — daß, Gott sei Dank, der Friede auf lange Zeit gesichert sei. Im vorigen Jahre dagegen umstand man hier eine Karte der russischen Garnisonen und gerieth dadurch in eine Stimmung, als ob jederzeit die Russen über die Ostgrenzen zu uns hineinmarschiren könnten. Nun, die Garnisonen stehen wohl noch immer dort. Unsere Garnisonen sind im Zusammenhange mit der Heereserhöhung von Memel bis Krakau höchstens um 3—4000 Mann verstärkt worden. Wenn nun gesagt wird, daß wir gerade der Militärnovelle die Friedensaussichten verdanken, so bemerke ich, daß dieselbe doch erst nach 12 Jahren erhöhter Aushebung und nach der Ausbildung der Ersatzreserve, die bis jetzt noch nicht begonnen hat, ihre volle Wirkung zeigen wird. Uns liegt an der Erhaltung der Wehrkraft eben so viel wie andern Parteien. Der Militärnovelle stimmten wir deshalb nicht zu, weil wir unmittelbar in Verbindung damit Ersparnisse nach anderer Seite hin verlangten. In einer in einem „Krieg in Sicht-Artikel" der „Post" hingewiesenen Brochure wird die Militärnovelle nur als Flickwerk bezeichnet und eine noch weitere Ausdehnung der Militärkraft in Aussicht gestellt. Es war mir interessant, hierin zu lesen, daß die Verkürzung der Dienstzeit der Mannschaften, weit entfernt, die Ausbildung zu beeinträchtigen, unter gewissen Modalitäten sogar dieselbe zu erhöhen geeignet scheint. Ersparnisse durch Herausschiebung der Recruten-Vacanz lägen jetzt um so näher, als zu derselben Zeit auch die Ausbildung der Ersatzreserve das Personal in Anspruch nimmt. Vergleicht man den Etat mit demjenigen vor zwei Jahren, so ergiebt sich eine Mehrbelastung des Landes aus den neuen Zöllen um 92 Millionen Mark. Hiervon erhält das Reich 42 Millionen für sich und verwendet auch diese Zahl allergrößten Theils zu militärischen Zwecken.

Den Einzelstaaten kommen nur 50 Millionen Mark zu Gute, wovon in Preußen nur 14 Millionen zum Steuererlaß verwendet worden, im ganzen Reich zusammen wohl noch nicht 20 Millionen Mark. Wie stimmt dieser geringe Steuererlaß zu der starken Belastung von 92 Millionen Mark und zu den großen Versprechungen vor der Bewilligung! Freilich, der Kanzler sagte neulich, daß er überhaupt nichts versprochen habe. Aber die verführerischen Bilder von Steuererlassen aus seiner damaligen Rede sind uns noch allzugut im Gedächtniß. Selbst den 14 Millionenerlaß haben wir nur mühsam herausgedrückt. Die Regierung hat freilich nachher diesen unseren Antrag auf dauernden Erlaß angenommen und der Kanzler sogar im Herrenhause gesagt, ohne den Antrag Richter könne er nicht mehr leben (Heiterkeit!) und aus der Annahme desselben müsse er eine Cabinetsfrage machen, weil sonst die Fortschrittspartei in der Ablehnung ein zu schönes Wahlthema haben würde. Als ob uns der Kanzler nicht auch sonst nur zu schöne Wahlthemata gäbe! (Heiterkeit.) Aber der Kanzler hat die Bedeutung unseres Antrags überhaupt übertrieben. Freilich hat er ein starkes Interesse daran, die Steuererlasse möglichst stark in den Vordergrund treten zu lassen. Die Kehrseite der Medaille, die Belastung mit 90 Millionen kommt erst hier zum Vorschein. Als es sich um die Auflegung der neunzig Millionen handelte, durfte man hier von dem armen Mann nicht sprechen. Es war damals nur ein sogenannter armer Mann. (Heiterkeit.) Der Reichskanzler selbst sagt freilich, daß er, als hier diese neuen Steuern aufgelegt wurden, er umgekehrt zum Reichstage gekommen sei, um milde Beiträge für den armen Mann einzusammeln. Eine solche Darstellung ist freilich seiner Beredsamkeit eigenthümlich. Der Bericht eines Consum-Vereins zu Neustadt-Magdeburg, dessen Mitglieder vorzugsweise den Arbeiterklassen angehören, berechnet, daß allein der Schmalz- und Petroleumzoll seine Mitglieder mit 11,000 M. 1880 belastet hatte (Hört, hört!), zu dieser Vertheuerung ist noch die Vertheuerung der nothwendigen Lebensmittel aus allgemeinen Gründen gekommen.

Alles ist 1880 gegen 1879 theurer geworden, mit Ausnahme des Rindfleisches, dessen Genuß sich nicht mehr so viele Leute wie früher gönnen können (Sehr richtig!), weil sie das Geld für noch nöthigere Lebensmittel gebrauchen. Von der gestiegenen Kauffähigkeit der Landwirthe durch die Kornzölle merkt man in den Städten nichts. Das Brot ist theurer geworden. Der Reichskanzler erzählt freilich nach wie vor, daß die Russen den Zoll bezahlten. Der Lebensunterhalt ist theurer geworden, nur die Einnahmen der arbeitenden Klassen haben sich durchweg nicht gebessert. Die Arbeitgeber sind aber auch nicht besser daran. Die Exportconjunctur, die im vorigen Jahre noch um diese Zeit bestand, ist in der Hauptsache wieder verschwunden. Die Preise stehen zum Theil niedriger noch als vor Einführung der Zölle. Tagtäglich kommen mir Darstellungen von Geschäftsleuten zu Gesicht, wie brutal der neue Tarif in alle Verhältnisse eingreift. (Zustimmung.) Viele angebliche Schutzzölle sind in Wahrheit, da die Gegenstände im Inlande nicht beschafft werden können, Finanzzölle, die besonders die Exportverhältnisse schädigen; eine unparteiische Enquete würde schon heute die schwere Verirrung des neuen Tarifs klar legen. Deshalb schmilzt auch die Schutzzollpartei im Lande überall wie Butter an der Sonne. Das Prestige des Reichskanzlers ist durch das Fiasco seiner Schutzzollpolitik ganz außerordentlich erschüttert, und wenn er jetzt Versprechungen nach anderen Seiten für Arbeiter und Handwerker macht, so entgegnet man mit Recht, daß er erst die vor der Zollerhöhung gemachten großen Versprechungen zur Wahrheit machen möge. In immer weiteren Kreisen wird der Ruf im Lande laut: Keine neuen Steuern! Weiß man doch auch jetzt noch nicht, wie viel die bereits bewilligten neuen Steuern schließlich einbringen werden. Der Tabak ist ja noch nicht in normale Verhältnisse gekommen. Weit über 90 Millionen wird der Ertrag der neuen Zölle noch hinausgehen. Wie wenig eilig es für die einzelnen Städte ist, neue Mittel zur Herabsetzung der directen Steuern zu erlangen, zeigt das Scheitern des Verwendungsgesetzes in Preußen.

Für keinen einzigen Steuererlaß konnte sich jetzt eine Majorität finden, in Preußen ist jetzt sowohl die Regierung wie die conservative Partei auf den Gedanken gekommen, durch eine Reform der directen Steuern an sich die Mittel zur Ermäßigung drückender Steuern zu gewinnen. Der Gedanke war an sich richtig, wenn auch nicht alle gemachten Vorschläge richtig sind. Jetzt, wo man die neuen indirecten Steuern kennen lernt, verändern sich überhaupt die Anschauungen über die Angemessenheit einer Vertauschung von indirecten mit directen Steuern. Die angekündigte Brausteuerverdoppelung schädigt das Braugewerbe, zumal der Bierconsum unter den niedrigen Lohnverhältnissen ohnedies zurückgeht. Die Steuer würde nur dem Branntweingenuß Vorschub leisten. Während man auf anderer Seite directe Steuern abschaffen will, würde man in der Wehrsteuer eine neue directe Steuer einführen. Ist diese möglich, so wäre überhaupt eine Reichs-Einkommensteuer möglich, und die ganze Steuerfrage käme damit in eine andere Richtung. Die Stempelsteuern haben hier die eingehendste Kritik erfahren. Für den Quittungsstempel hat sich, mit Ausnahme des Grafen Bismarck, Niemand erklärt. Sind erst neue Steuern bewilligt, so erheben sich mit großer Elasticität die Ausgaben alsbald bis zur Höhe der neuen Steuern. Insbesondere geschieht dies, wenn, wie in einzelnen Staaten, die Verantwortlichkeit für die Ausgabenerhöhung bei anderen Körperschaften liegt als die Verantwortlichkeit für die Steuerbewilligung. Nur indem dieselbe Körperschaft die Vortheile neuer Steuern mit ihren Nachtheilen abwägt, wird eine richtige wirthschaftliche Balancirung gefunden. Der Reichskanzler freilich hat dem System, wonach andere Verbände die Steuern aufbringen, andere sie verwenden, in den letzten Wochen noch eine weitere Ausdehnung gegeben. Er hat erklärt, daß die Staaten auch die Lasten der Communen für Armenpflege, Polizei und Schule tragen müßten. (Fürst Bismarck tritt ein.) Da er nun das directe Steuersystem nicht weiter ausbilden will, würde also zuletzt das Reich nicht blos für seine eigenen Bedürfnisse und die Bedürfnisse der Einzelstaaten, sondern auch für diejenigen der Communen durch indirecte Steuern sorgen müssen.

Die Perspective der neuen Steuern im Reiche würde damit geradezu uferlos, zumal die Aufbringung der Communallasten durch den Staat alsbald die Kosten vervielfachen würde, ohne die Verwaltung zu verbessern. Die Sache hat aber auch eine politische Bedeutung. Wo die Pflichten sind,

müssen zuletzt auch die Rechte hingelegt werden. Werden die einzelnen Staaten Kostgänger des Reiches für sich und für ihre eigenen Kostgänger, so muß auch die Einwirkung des Reiches auf die Gesetzgebung und die inneren Verhältnisse der Einzelstaaten eine größere werden. Schon jetzt, wo wir am Anfang des Systems stehen, wird hier schon weit mehr von Fragen der Einzelstaaten gesprochen als früher. Schreiten wir weiter in dem System fort, so wird die bundesstaatliche Grundlage des Reiches thatsächlich erschüttert und wir entwickeln uns in der Richtung zum Einheitsstaat. Die erste Berathung des Etats ist nach parlamentarischem Herkommen die Gelegenheit, gewisse allgemeine Bemerkungen über die Politik, insbesondere über die innere Politik zu machen. Ich will von diesem Rechte Gebrauch machen. Auch abgesehen von der Steuerfrage geht die Richtung des Reichskanzlers dahin, die Machtsphäre des Reiches zu erweitern. Bei jener erwähnten Gelegenheit hat er davon gesprochen, daß er preußischer Handelsminister geworden sei, um für das Reich Eroberungen zu machen, daß er unter die Handelsminister getreten sei, wie Odysseus unter die Freier. Wir befänden uns am Anfang einer zehnjährigen Gesetzgebung in dieser Richtung; insbesondere gehöre dazu die Verstaatlichung des Versicherungswesens durch Gründung von Reichsversicherungsanstalten. Das Unfallversicherungsgesetz sei nur der erste Schritt auf diesem Wege. Gewiß ist die Regelung des Versicherungswesens durch das Reich wünschenswerth. Aber ein anderes ist es, ein Reichsgesetz darüber machen, ein anderes, Reichsversicherungsanstalten begründen. Ein anderes ist es ja auch, Reichsgesetze über das Eisenbahnwesen erlassen und die Eisenbahnen in die Verwaltung des Reiches übernehmen.

Die Stelle der Thronrede, wonach die gegenwärtige Gesetzgebung sich als unzureichend erwiesen hat, um die Arbeiter vor Gefahren durch den Verlust ihrer Arbeitsfähigkeit in Folge von Unfällen zu sichern, hat unsern vollen Beifall. Wir haben dieser Ansicht zuerst Ausdruck gegeben, indem wir schon im Jahre 1878 zuerst einen Antrag auf Reform der Haftpflichtgesetzgebung hier einbrachten. Aber die Gründung einer Reichs-Versicherungsanstalt zu diesem Zweck ist meines Erachtens der allerunglücklichste Weg in dieser Richtung. Da es gerade bei der Schätzung der Gefahren von Unfällen und der Schätzung der Schäden aus Unfällen auf individuelle Behandlung ankommt, so ist auf keinem Gebiet des Versicherungswesens die centralistische und bureaukratische Schablone, wie sie das Reichsversicherungswesen mit sich bringt, weniger angebracht. Die Probe auf die Reichsversicherungsanstalten würde gerade hier am unglücklichsten ausfallen. Das könnte uns ja auch vollständig recht sein, wenn nur die Probe nicht auf Kosten der Arbeiter hin gemacht werden sollte. Gegenüber den Eroberungsplänen des Kanzlers für das Reich halte ich es mit einem Ausspruch des Kanzlers aus dem Jahre 1869. Er sagte damals, man solle in einem germanischen Staate nicht fragen, was kann gemeinsam sein, wie weit kann der große Mund des Gemeinwesens hineinbeißen in den großen Apfel, sondern man muß fragen, was muß absolut gemeinsam sein, und dasjenige, was nicht gemeinsam zu sein braucht, das soll man der speciellen Entwickelung überlassen, damit dient man der Freiheit, damit dient man der Wohlfahrt. (Hört!) Gerade wer die Reichseinheit in ihrem gegenwärtigen Umfange für völlig berechtigt erachtet und sich der Segnungen derselben erfreut, hat das stärkste Interesse daran, daß der Gedanke der Reichseinheit nicht überspannt wird, damit nicht ein Rückschlag den unberechtigten particularistischen Bestrebungen zum Vortheil gereicht. Mißerfolge der Reichseinheit auf einem Gebiet haben nachtheilige Rückwirkungen für die Reichsinteressen auf allen übrigen zur Folge.

Wie die gegenwärtige Politik auf der einen Seite bestrebt ist, die Machtsphäre des Reiches nach allen Seiten zu erweitern, so scheint mir diese Politik auch die Folge zu haben, daß diejenigen Factoren, welche in dieser Machtsphäre des Reiches mit dem Herrn Reichskanzler concurriren, in ihrer Bedeutung immer mehr und mehr abgeschwächt werden. Es gilt dies sowohl vom Bundesrathe wie vom Reichstage. Der preußische Volkswirthschaftsrath ist eingesetzt zur Begutachtung von Gegenständen, die in die Reichscompetenz fallen. Dem Vorwurf des Particularismus hat man damit zu begegnen gesucht, daß dieser Volkswirthschaftsrath zu einer Reichsinstitution auswachsen solle. Waren aber die anderen Staaten mit einem solchen Volkswirthschaftsrath einverstanden, so hinderte nichts, ihn alsbald als deutschen Volkswirthschaftsrath einzuführen. Oder wollte man durch das einseitige Vorgehen in Preußen einen Druck auf die übrigen Staaten ausüben? Jedenfalls ist dieser Volkswirthschaftsrath eine Concurrenz für alle Organe im Staats- und Reichsleben, mit Ausnahme für den Reichskanzler selber. Dieser ist ja an die Institution insofern nicht gebunden, als er den Volkswirthschaftsrath, wenn er nicht will, gar nicht zu berufen braucht. Indem er aber die Mitglieder des Volkswirthschaftsraths, und in einem deutschen Volkswirthschaftsrath jedenfalls die Mehrheit der Mitglieder ernennt, sichert er sich in demselben eine Stütze für seine Politik. Wie exact eine solche Körperschaft nach der ganzen Art ihrer Inscenirung für ihn arbeitet, das hat jetzt eben der Volkswirthschaftsrath bewiesen; er hat fast zu exact im Sinne des Reichskanzlers gearbeitet, um nach irgend einer Seite hin Bedeutung und Ansehen gewinnen zu können. Zweitens muß ich die Aufmerksamkeit lenken auf eine Mittheilung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. In diesem Hause ist allseitig der Wunsch hervorgetreten, im Interesse der Sicherung der Arbeiter gegen Unfälle, durch Gesetz die Anzeigepflicht von Unfällen herbeigeführt zu sehen. Noch in der vorigen Session sagte der Minster Hofmann die Gewährung dieses Verlangens zu. Es ist dann auch ein solcher Gesetzentwurf vom preußischen Staatsministerium ausgearbeitet und angenommen worden, er ist sodann auch an den Bundesrath gelangt und von diesem angenommen worden.

Gleichwohl ist dieser Gesetzentwurf liegen geblieben und gelangte nicht an den Reichstag. Wie ist dies möglich? Als im vorigen Jahre dem Kanzler ein Beschluß des Bundesrathes über die Stempelsteuer auf Postanweisungen nicht gefiel, bot er seine Entlassung an und erzielte dadurch, daß der Bundesrath seinen Beschluß zurücknahm. In diesem Falle scheint er ein solches Vorgehen nicht für nöthig zu halten, er läßt den Beschluß des Bundesrathes einfach unausgeführt. Er übt also hier gewissermaßen ein Veto, nicht ein Veto des Kaisers, sondern ein Veto des Kanzlers, ein Veto, was sich nicht stützt, — man könnte ja de lege ferenda verschiedener Meinung sein — auf parlamentarischer Verantwortlichkeit vor dem Reichstage, sondern ein Veto, das sich entgegenstellt dem übereinstimmenden Verlangen von Reichstag und Bundesrath. Diese Vorgänge treffen beide Körperschaften. Noch mehr Beachtung aber verdient dasjenige, worin die Reichspolitik geeignet ist, die Bedeutung des Reichstages abzuschwächen. Da muß ich sagen, findet der Reichskanzler leider im vollen Umfange die Unterstützung des Bundesrathes. Die letzte Session schloß mit einer lebhaften Verhandlung über die Einverleibung der Unterelbe in den Zollverein. Die Commission des Reichstages wollte nicht eine Aenderung der Elbschifffahrtsacte, welche diese Einverleibung ohne die Zustimmung des Reichstages ermöglichte. Ein scharfer Anprall zwischen Reichstag und Reichskanzler wurde nur durch das Dazwischentreten des Herrn v. Bennigsen vermieden, welcher vorschlug, die Frage an die Commission zurückzuverweisen, d. h. sie bis zur nächsten Session in demjenigen Stadium zu belassen, worin sie sich befand. Materiell aber gab der Reichstag in einer Abstimmung zu erkennen, daß er das bestehende Recht nicht geändert haben wollte. Kaum aber ist der Reichstag entlassen, so beschließt der Bundesrath auf Antrag des Kanzlers die Einverleibung der Unterelbe in den Zollverein, als ob die Verhandlungen des Reichstages in dieser Frage gar nicht in Betracht kämen. Praktisch hatte dieser Beschluß des Bundesrathes zunächst keine Folge. Um so auffallender war die Beschleunigung, im Gegensatz zum Reichstag, diese Frage im Princip zu entscheiden. Nunmehr ist dem Bundesrath ein Vorschlag gemacht worden, diese Einverleibung auch praktisch durchzuführen.

Es entstehen Mehrkosten und dieselben berühren den unserer Festsetzung unterliegenden Etat des Hauptzollamts von Hamburg. In der Vorlage aber ist dieser Etat unverändert. Was beabsichtigt man nun? Soll, während der Reichstag beisammen ist, eine Etatsüberschreitung vorbereitet werden, mittelst deren man den Reichstag nachher vor ein fait accompli zu stellen beabsichtigt? Im vorigen Jahre ist eine Anzahl Vorlagen unerledigt geblieben, sie erscheinen jetzt alle vor uns unverändert, als ob über dieselben im vorigen Jahre hier keinerlei Verhandlungen stattgefunden haben, so z. B. das Küstenschifffahrtsgesetz, das Brausteuergesetz, die Stempelsteuervorlage, ja sogar die lex Tiedemann wegen Besteuerung der Dienstwohnungen. Im vorigen Jahre verwahrte sich die große Mehrheit des Reichstages in einer Resolution gegen jede weitere Aenderung des Tabaksteuergesetzes, gleichwohl erklärt der Reichskanzler, der Tabak muß noch mehr bluten. Auch jene Gesetzvorlage erscheint wieder, welche den einschneidendsten Eingriff in unser Verfassungsrecht darstellt. Der Gesetzentwurf, betreffend die zweijährigen Etatsperioden, soll die Nachtheile der Concurrenz zwischen Reichs- und Landtag beseitigen; aber abgesehen davon, daß die Verhandlungen des Landtages denjenigen des Reichstages vorausgehen, nimmt man bei den Vorlagen auch zu wenig Rücksicht auf die Stimmung und die Wünsche der Volksvertretung. Was im preußischen Landtage diesmal überall zu Stande gekommen ist, hätte schon vor Weihnachten erledigt werden können. Gerade die Häufung von neuen Projecten des Reichskanzlers weist ihn fortdauernd auf ein Zusammenwirken mit dem Reichstag hin. Freilich, wenn er den entsprechenden Reichstag dazu nicht findet, setzt ihn die Verfassungsänderung in die Lage, ihn auf zwei Jahre stumm zu machen und seine Bedeutung herabzudrücken.

Wie der Kanzler die Machtsphären des Reiches zu erweitern sucht und hierbei die Bedeutung der gesetzgebenden Factoren, des Reichstags und Bundesraths herabzumindern sucht, so ist sein Bestreben noch drittens darauf gerichtet, innerhalb der Reichsverwaltung selbst seinen Willen immer mehr zum alleinherrschenden zu machen, gegenüber allen sonst an der Reichsverwaltung theilnehmenden Persönlichkeiten.

Ueber den drastischen Vorfall aus den letzten Tagen will ich hier jetzt nicht sprechen; er bedarf keines Commentars und spricht für sich selber beredt genug zum Lande. Der Abg. Windthorst hat gesagt, wir bedürften eines Organisationsgesetzes. Ja, was soll uns nur das Organisationsgesetz helfen, was ein noch so sinnreicher Mechanismus, wenn uns immer mehr die Personen fehlen, die noch eine gewisse Selbstständigkeit in Anspruch zu nehmen versuchen. Als hier vor einigen Jahren das „Stellvertretungsgesetz erlassen wurde, ging die allgemeine Ansicht dahin, daß dasselbe den Ressortchefs eine unabhängigere und verantwortungsvollere Stellung geben und den Reichskanzler entlasten würde. Allerdings hat der Kanzler nach diesem Gesetz einen Vicekanzler bekommen. Denselben bekommen wir nur bei besonders feierlichen Gelegenheiten zu sehen (Heiterkeit), indem er Thronreden verliest. Das ist ja auch eine sehr ehrenvolle Stellung (Heiterkeit), aber sie ist doch nur von gewisser ornamentaler Bedeutung. Gemeinsame Besprechungen der Ressortchefs, eine gewisse Anbahnung eines Collegialitätsprincips haben, so viel ich weiß, nur ein einziges Mal stattgefunden. Die mehr als je zersplitterten Reichsressorts finden ihren Mittelpunkt in der Person des Kanzlers. Den einzelnen Ressortchefs gegenüber hat man jetzt mehr als je den Eindruck, daß sie alle ihre Selbstständigkeit und Selbstverantwortlichkeit verloren haben. Sie nehmen eine durchaus reservirte Stellung vor uns ein, lassen sich unter dem Eindruck der Verhandlungen nur in den allerseltensten Fällen zu einer Erklärung bestimmen. Gerade in wichtigen Fällen beschränken sie sich darauf, eine Instruction, oder wie man es nennen will, abzulesen. Und Alles, was hier im Hause gesagt wird, veranlaßt sie nicht, ein Wort hinzuzufügen. Die Peinlichkeit ihrer Lage vermögen wir Alle zu würdigen. Sind sie doch nicht einmal sicher, daß, wenn sie sich auf Verlesung solcher Instructionen beschränken, es ihnen wie ihrem Collegen Rommel ergeht, daß ihnen die Verlesung nachher als ein Mißverständniß ausgelegt wird, da sie sich der freien Rede hätten bedienen müssen.

Mehr als früher greift der Kanzler jetzt in alle Ressorts hinein, kümmert sich um alle möglichen Einzelheiten, wodurch die Selbstständigkeit der Ressortchefs immer geringer wird. Man hört die Klagen, die Ressortchefs seien nicht fruchtbar genug. Der Kanzler wird hier des Cirkels Viereck vergeblich suchen; auf der einen Seite verlangt er das vollständigste Eingehen in seine Ansichten auch in Einzelheiten, auf der anderen Seite sollen dieselben Personen positiv schöpferisch und fruchtbar sein. Aber wer selbstständige schöpferische Gedanken hat, verlangt auch eine selbstständige Stellung; weil Unselbstständigkeit und selbstständige schöpferische Kraft sich nicht mit einander vereinen läßt, gelangen wir zu jenem System der Abwirthschaftung von Persönlichkeiten, auf das mein College Virchow schon vor Jahren hingewiesen hat. Einer nach dem Andern wird niedergeworfen, manchmal nicht sehr schön, und es wird immer schwieriger, einen Ersatz zu finden, namentlich einen solchen Ersatz, der dem Ausgeschiedenen geistig ebenbürtig ist. Seit der vorigen Session hat auch hier ein Wechsel stattgefunden, der Reichssecretär des Innern ist zur Statthalterschaft nach dem Elsaß versetzt worden. In die Wirthschaftspolitik des Reichskanzlers hat sich Herr Hofmann so gefunden, wie es kein anderer Mann hätte thun können, nur für die neue Aera der staatssocialistischen Versuche scheint er nicht genug fruchtbar angesehen worden zu sein. Doch das sind Personalia; was uns sachlich interessirt, ist, daß bei dieser Gegelegenheit auch wieder ein Wechsel in der Organisation stattgefunden hat. Noch vor Kurzem sagte der Herr Reichskanzler, es sei ein Unding, daß der Handelssecretär des Reiches, wenn ich diesen Ausdruck gebrauchen darf, nicht zugleich preußischer Handelsminister sei, eben deshalb wurde Herr Hofmann zugleich preußischer Handelsminister. Bei der Personalveränderung aber ist diese Personalunion nicht aufrecht erhalten worden, sondern der Herr Reichskanzler hat selbst das preußische Handelsministerium übernommen.

Dies erregte allgemeines Aufsehen; die „Provinzial-Correspondenz“ gab dafür eine eigenthümliche Erklärung, sie sagte, der Reichskanzler habe das Handelsministerium übernommen, um etwaige Schwierigkeiten und Weiterungen mit einem unverantwortlichen Chef zu ersparen, der vielleicht im Einzelnen andere Auffassungen in der Gesetzgebung habe wie er; unzweifelhaft haben Herr v. Bötticher und der Reichskanzler dieselbe handelspolitische Gesammtauffassung, sonst wäre ja Herr v. Bötticher nicht vom Reichskanzler vorgeschlagen worden. Aber, um selbst die Möglichkeit auszuschließen, daß Herr v. Bötticher auch nur in Einzelheiten in Anlehnung an den kleinen Rest von collegialischer Stellung im preußischen Handelsministerium — viel ist ja nicht davon übrig geblieben — eigene Auffassung vertritt und dadurch Weiterungen herbeiführt, ist der Reichskanzler selbst Handelsminister geworden. In eigentlicher Weise hat also Herr von Bötticher einmal im Reiche den Reichskanzler zum Vorgesetzten, und auf der anderen Seite wieder den Reichskanzler in Preußen neben oder unter sich, wie man es nennen will, als preußischen Handelsminister. Da bleibt für ihn freilich in der Mitte nicht die Spur von Selbstständigkeit übrig. Es ist ein getreues Abbild dessen, was an Selbstständigkeit die Ressortchefs im Reiche noch besitzen. Man kann diese Anhäufung von Macht beim Reichskanzler kaum noch als absolutistisch bezeichnen. Wenn der Absolutismus auch keinen außerhalb der Staatsregierung anerkennt, so ist der Absolutismus doch in sich consequent, bringt einen dauernden Willen einheitlich nach Außen zum Ausdruck. Im Reiche dagegen und in Preußen spitzt sich Alles mehr und mehr auf die eine Person des Fürsten Bismarck zu, auf seine zwei Augen. Und wenn diese zwei Augen auch besonders scharf blicken, weit sehen und umsichtig sind, so sind es doch eben nur zwei Augen. Auch der größte Mann unserer Zeit ist in seinem Wissen und Können doch zuletzt begrenzt, und je weiter der Reichskanzler sich immer neue Aufgaben stellt, desto mehr muß zuletzt das Mißverhältniß seiner Leistungsfähigkeit zu den von ihm gesteckten Zielen hervortreten.

Auffällige Irrthümer über sachliche und Rechtsverhältnisse nehmen wir beim Reichskanzler in seinen Reden wahr, sie beweisen, daß er auch beim besten Willen, beim größten Fleiß nicht im Stande ist, sich auf allen den Gebieten, welche er persönlich zu leiten annimmt, sich nicht in der Weise zu orientiren, wie er es selbst wünscht und wie wir es nicht minder wünschen müssen. Er kommt nothwendig in die Lage, je nachdem ihm bald diese, bald jene Frage näher tritt, vielleicht, wie er vielfach angedeutet hat, weil er die Personen gewechselt habe, er bald dieser, bald jener Frage sich eingehender zuwendet, sie alsdann, je nachdem im Gesammtrahmen der Politik sich die Bedeutung verändert, wieder fallen oder zurücktreten läßt. Daraus folgt eine gewisse stoß- und ruckweise Verwaltung; eine Veränderung der Richtung, die vielleicht bis dahin Reichstag, Bundesrath und Reichskanzler gemeinschaftlich inne gehalten haben, wird wohl ins Gegentheil verkehrt, oder überhaupt aufgegeben. Das erzeugt zunächst eine Verwirrung der Verwaltung, eine zunehmende Desorganisation. Der Abschluß dieser Landtagssession gab ja ein drastisches Bild unserer Zustände. Diese Verwirrung bleibt aber nicht innerhalb der Verwaltung, sie überträgt sich auf das Parlament, auf das Verhältniß der Parteien zu einander; sie hat zur Folge, daß trotz aller Anstrengungen der Kräfte die Session auch im Sinne der Mehrheit so überaus wenig fruchtbringend verläuft. Weiter übertragen sich die Nachtheile auf das Land. Gewiß leidet das Land unter der neuen Zollpolitik, gewiß auch unter der Steigerung der Steuerlast um 90 Millionen. Aber noch mehr leidet die Geschäftswelt unter den geschilderten politischen Zuständen. Die Tabaksindustrie kann nicht zur Ruhe kommen, sie befindet sich geradezu in verzweifelter Lage; dem Brauereigewerbe geht es nicht viel besser. Die Handelsverhältnisse im Westen sind Jahre lang durch das Project der Surtaxe beunruhigt. Das Reichseisenbahnproject schwebt noch immer und hält die Entwickelung unseres Eisenbahnwesens zurück. Eine Tarifvorlage, welche alle bisherigen Eisenbahntarife auf den Kopf stellt, schwebt seit Jahren im Bundesrathe und stellt alle Transportbedingungen in Frage.

Dazu kommt nun jetzt noch das weitgehende Project der Verstaatlichung des Versicherungswesens für das Reich. Wo soll in allen solchen Branchen Jemand mehr thun, als was gerade noch der Tag von ihm fordert? Wer soll noch in dieser Geschäftswelt Sinn für Verbesserungen, für Fortschritte, für neue Unternehmungen behalten, wenn die ganze Zukunft so großer Erwerbszweige durch die politischen Zustände im Reich in Frage gestellt ist? Woran leiden unsere wirthschaftlichen Verhältnisse? Nicht am Mangel an Capital! Die Reichsbank findet ja jetzt kaum Gelegenheit zu 1½ Proc. Wechsel zu discontiren. Capital ist genug vorhanden; auch Arbeiter bieten sich an, die gern beschäftigt wären. Was fehlt, ist das Vertrauen zu neuen Unternehmungen, das Vertrauen, welches Arbeit und Capital zur Production verbinden muß. Dieses Vertrauen wird verhindert durch das Ueberhandnehmen eines persönlichen Regiments, welches mit einem sicheren, stetigen Gange der öffentlichen Angelegenheiten immer weniger zu vereinbaren ist. Es haben die Mittelparteien lange Zeit geglaubt, durch ein gewisses Entgegenkommen gegen den Reichskanzler oder Eingehen von Compromissen oder dilatorische Behandlung das Schlimmere vielleicht abwenden zu können. Aber an diese Mittelparteien tritt immer ernster die Frage heran, ob nicht jetzt, wo sie immer deutlicher sehen, wohin diese Politik führt, die Zustände sich immer mehr verschlimmern, wir in immer heillosere Verwirrung gerathen, um mich eines Ausdrucks Hänels zu bedienen, alle unabhängigen Männer sich vereinigen müssen, um dieser Politik gewisse Grenzen zu stecken, ihr ein gewisses Maß und Ziel zu geben. Nur wenn dies möglich ist, das ist meine feste Ueberzeugung, werden die hohen Eigenschaften, welche den Herrn Reichskanzler auszeichnen, die, was wir hier dankbar anerkennen, Deutschland manches Segensreiche gebracht haben, noch für längere Zeit im Stande sein, für Deutschland fruchtbringend zu bleiben. Ist das nicht der Fall, gehen wir auf dem betretenen Wege immer weiter, so ruinirt sich der Herr Reichskanzler selbst, und er ruinirt das Land. (Beifall links.)

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Die Aeußerungen des Herrn Vorredners haben den uns in der Tagesordnung vorliegenden Gegenstand, das Budget, wenig berührt, seit ich hier bin; ich bin also auch wohl davon dispensirt, dem, was der Staatssecretär des Schatzamtes darüber gesagt hat, etwas hinzuzufügen. Der Herr Vorredner hat sich wesentlich mit der Kritik meiner Person beschäftigt. Die Gesammtzahl, in welcher das Wort „Reichskanzler“ in seiner Rede vorkommt, zur Gesammtzahl der Worte seiner Rede überhaupt, wird das Resultat meiner Ansicht hinreichend rechtfertigen. Nun, ich weiß nicht, zu welchem Zwecke diese Kritik dient, wenn nicht zu meiner Belehrung, zu meiner Erziehung — ich bin im 66. Jahre und im 20. Jahre meiner amtlichen Thätigkeit — recht viel zu bessern ist an mir nicht mehr, man wird mich verbrauchen müssen, wie ich bin, oder man wird mich beseitigen müssen. Ich habe meinerseits nie den Versuch gemacht, den Herrn Abg. Richter zu erziehen, ich würde mich dazu nicht berufen halten, ich habe auch nicht das Bestreben, ihn aus der Thätigkeit, in der er sich befindet, zu verdrängen — mir würden die Mittel dazu fehlen, ich habe auch keine Neigung dazu; aber mich aus der meinigen zu verdrängen, dazu glaube, werden ihm auch die Mittel fehlen. Ob er mich nun in der Weise wird einengen und zurechtrücken können, wie er das am Schluß seiner Rede für wünschenswerth erklärte, wenn ich noch länger erhalten werden sollte, weiß ich nicht, bin aber für die Besorgtheit, mit der er dabei meiner Gesundheit gedacht hat, aufrichtig dankbar.

Ich kann mich aber leider, wenn ich meine Pflicht thun will, nicht in dem Maße schonen, wie es der Fürsorge des Herrn Richter wünschenswerth erscheint (Heiterkeit); ich muß meine Gesundheit einsetzen. Wenn derselbe gesagt hat, daß alle Uebel, die uns plagen, auch der Discontosatz und ich weiß nicht, was sonst noch in der Unsicherheit unserer Zustände ihren Grund hätten, wenn er das Wort eines anderen Collegen citirt hat von einer heillosen Verwirrung bei uns — nun dann muß ich wiederholt sagen, was ich an einer Stelle gesagt habe. Sehen Sie sich doch vergleichend in anderen Ländern um. Wenn der Zustand bei uns die geordnete Thätigkeit, die Sicherheit der Zukunft nach innen und nach außen, wenn das eine heillose Verwirrung ist, wie sollen wir dann die Zustände in manchen anderen Ländern charakterisiren? Ich sehe in keinem europäischen Lande einen gleichen Zustand von Sicherheit und von Beruhigung, mit dem man in die Zukunft blicken kann, wie im Deutschen Reich. Ich habe damals schon gesagt, meine Stellung als auswärtiger Minister hindert mich an Exemplificationen; aber Jeder, der mit der Karte und mit der Zeitgeschichte der letzten 20 Jahre in der Hand meiner Bemerkung nachspüren will, wird mir Recht geben müssen, und ich weiß nicht, wozu diese Uebertreibung von „heilloser Verwirrung“ und „Ungewißheit und Unsicherheit der Zukunft“; es glaubt im Lande Niemand daran, und das ist doch die Hauptsache. Die Leute im Lande wissen sehr gut, wie es ihnen geht, und Jeder, dem es nicht nach Wunsch geht, ist ja gern bereit, die Regierung dafür verantwortlich zu machen, und wenn ein Candidat zur Wahl kommt und sagt ihm: an alledem ist die Regierung oder, um mit dem Vorredner zu sprechen, der Reichskanzler schuld, so mag er ja manche Gläubige finden, in der Mehrzahl aber werden die Leute sagen: er hat ja seine üblen Eigenschaften und Kehrseiten (Heiterkeit), aber daß ich an allen diesen Uebeln schuld sei, davon wird man die Mehrheit nicht überzeugen.

Es geht mir freilich, wie vor 12 Jahren und länger dem Kaiser Napoleon, der auch — nicht in seinem Lande, aber in Europa als die Ursache alles Uebels angeklagt wurde von der Tartarei bis nach Spanien hin, und der bei Weitem keine so böse Natur war, wie man ihm Schuld gab. Ich möchte dieses Beneficium auch bei dem Abg. Richter in Anspruch nehmen: ich bin auch so schlimm nicht, wie er mich schildert. (Heiterkeit.) Sein Angriff richtete sich auch in der Hauptsache, wenn er es recht überlegt, weniger gegen meine Person oder gegen diejenige Thätigkeit von mir, in welcher ich freien Willen habe, er richtete sich in der Hauptsache gegen die Verfassung des Deutschen Reiches. Diese Verfassung kennt keinen anderen verantwortlichen Beamten wie den Reichskanzler. Ich könnte behaupten, daß meine verfassungsmäßige Verantwortlichkeit bei Weitem nicht so weit geht, wie diejenige, die mir factisch aufgelegt wird, ich könnte mich vielmehr zurückziehen und sagen: Die Reichspolitik geht mich in inneren Beziehungen gar nichts an, ich bin nur des Kaisers Executivbeamter. Ich will das aber nicht thun, ich habe die Verantwortlichkeit von Anfang an übernommen, ich habe die Verpflichtung übernommen, die Beschlüsse des Bundesraths, obschon ich in ihm in der Minorität sein kann, zu vertreten, nur muß ich das mit meiner Verantwortlichkeit verträglich finden. Ich will sie annehmen, wie sie liegt in der öffentlichen Meinung. Es kann aber Jedermann doch nur für seine eigenen Entschließungen und Handlungen verantwortlich sein, es kann Niemand eine Verantwortlichkeit auferlegt werden — und auch die Reichsverfassung hat das nicht thun wollen — für Handlungen, welche von seinem freien Willen nicht abhängen, zu denen er gezwungen werden kann. Es muß daher der Verantwortende innerhalb des Ranges seiner Verantwortlichkeit eine vollständige Unabhängigkeit und Freiheit genießen, sonst hört die Verantwortlichkeit auf, und wer sie dann im Reiche trägt, das weiß ich nicht, sie schwindet gänzlich.

So lange Herr Richter also die Reichsverfassung nicht ändert, müssen Sie selbst darauf bestehen, daß Sie einen in seinen Entschließungen vollständig freien und selbstständigen Kanzler haben, denn für alles das, worin er sich nicht frei und selbstständig hat entschließen können, kann ihn kein Mensch verantwortlich machen. Herr Richter hat nun dem Wunsche Ausdruck gegeben, diese verfassungsmäßige Selbstständigkeit des Kanzlers nach mehreren Seiten hin einzuschränken; einmal nach einer Seite hin, wo sie ja schon eine beschränkte ist, wo er sie aber vollständig verschwinden lassen will: das ist gegenüber den Beschlüssen des Bundesraths und des Reichstags die Verantwortlichkeit für die Thätigkeit, die die Verfassung dem Kaiser in unserem Staatsleben beilegt. Es steht in der Verfassung, daß die Anordnung des Kaisers ihre Giltigkeit durch die Unterzeichnung des Reichskanzlers erlangt, welcher damit die Verantwortlichkeit übernimmt. Zu diesen Anordnungen des Kaisers sind doch ohne Zweifel auch die Acte zu rechnen, von denen die Verfassung sagt, daß sie im Namen des Kaisers zu geschehen haben, also beispielsweise die Vorlagen eines bundesräthlichen Beschlusses vor dem Reichstag, wie Herr Richter nach der „Norddeutschen Zeitung“ eine Thatsache ganz richtig angeführt hat, über die Unfallstatistik, über welche Beschlüsse vorlagen, die weiter zu befördern, im Namen des Kaisers, ich mit meiner Verantwortlichkeit nicht verträglich gefunden habe. Ich habe deshalb diese Handlung unterlassen. Man kann nun das Verfassungsrecht fragen: war ich berechtigt, diese Handlung zu unterlassen oder war der Kaiser berechtigt, die Handlung zu unterlassen, oder war Se. Majestät der Kaiser verfassungsmäßig verpflichtet, den Beschluß des Bundesraths vorzulegen?

Ich habe diese Frage einmal bei Herstellung der Verfassung mit einem sehr scharfen Juristen erörtert, der lange Jahre in einer hohen juristischen Stellung bei uns war und noch ist, Herrn Pape, der mir sagte: der Kaiser hat kein Veto. Ich sage, verfassungsmäßig hat er es nicht, aber denken Sie sich den Fall, daß dem Kaiser eine Maßregel zugemuthet wird, die er nicht glaubt erfüllen zu können, oder eine solche, die er glaubt erfüllen zu können, sein zeitiger Kanzler warnt ihn aber und sagt: hierzu kann ich nicht rathen, das contrasignire ich nicht. Ist der Kaiser denn dann verpflichtet, einen anderen Kanzler zu suchen, [illegible] zu entlassen? Ist er verpflichtet, [illegible] Seite [illegible] wird? Wird er sich den zweiten, dritten suchen, die beide sagen: die Verantwortlichkeit für diesen Gesetzentwurf können wir nicht durch die Vorlage im Reichstage übernehmen? Darauf hat mir Herr Pape geantwortet: Sie haben Recht, der Kaiser hat ein indirectes und factisches Veto. Ich gebe zu, daß [illegible]. Nehmen Sie einen concreten Fall, an dem sich solche Sachen am besten erläutern, nehmen Sie an, daß die Majorität des Bundesrathes mit Zustimmung Preußens dieses Gesetz beschlossen hat und wobei in Preußen der Formfehler gemacht worden ist, daß die zur Instruction der Vertretung im Bundesrathe berufene preußische Minister der auswärtigen Angelegenheiten nicht zugezogen worden ist, [illegible] aber ich nehme an, Preußen hat zugestimmt, dieser Minister wäre zugezogen und er wäre in dem preußischen Ministerium in der Minorität geblieben und der Kaiser trägt ihm auf, nun diese Beschlüsse des Bundesraths dem Reichstage vorzulegen, [illegible] Möglichkeit, daß Se. Majestät der Kaiser sagt: [illegible] dann muß ich mir einen

Anderen Kanzler suchen — die ist nicht eingetreten; die zweite ist eingetreten, daß die Vorlage unterblieben ist.

Dadurch ist nun die Situation geschaffen, in der, wenn es einen Klageberechtigten giebt, ein solcher nur in der Majorität der Regierungen im Bundesrathe, die diesen Beschluß gefaßt haben, gesucht werden kann. Es ist nur der weitere Weg gegeben, ich glaube auch, daß ein solcher Weg in schweren Tagen bis ans Ende gegangen werden würde, aber wenn man jetzt die schwere Probe machen will, was schließlich Rechtens wird, dann müßte in diesem vorliegenden Falle die Majorität des Bundesraths Sr. Majestät dem Kaiser erklären: hier haben wir Beschlüsse gefaßt, unser verfassungsmäßiges Recht ist, daß der Kaiser sie dem Reichstage vorlegt, und wir fordern das. Der Kaiser könnte darauf antworten: ich will den Rechtspunkt nicht untersuchen, ich glaube nicht, daß ich dazu verpflichtet bin, ich will annehmen, ich bin es; ich weigere mich nicht, aber ich habe augenblicklich keinen Kanzler, der bereit ist, das zu unterschreiben, — kann dann dem Kanzler befohlen werden, Du sollst und mußt das unterschreiben? Kann er mit Gefängniß, wie bei Zeugenzwang bedroht werden? Wo bliebe da die Verantwortung? Bleibt also der Kanzler bei seiner Weigerung, so kann die Majorität des Bundesraths dem Kaiser sagen: Du mußt Dir einen Kanzler schaffen, diesen entlassen, wir verlangen, daß unser Beschluß vor den Reichstag gebracht werde und die Verfassung ist gebrochen, wenn das nicht geschieht. Nun, meine Herren, warten wir doch ab, ob der Fall eintritt, ob der Klageberechtigte diesen Weg dann folgen will, und wenn er ihn verfolgt, ob Se. Majestät der Kaiser dann nicht doch bereit ist, zu sagen: gut, ich werde suchen, einen Kanzler zu finden, der bereit ist, den Beschluß weiter zu befördern. Ich will hier natürlich in eine Kritik der Gründe nicht eingehen, die mich im concreten Fall abgehalten haben, es waren eben Gründe, die sich nicht am grünen Tisch, sondern im grünen Lande draußen finden, die mich veranlaßt haben, die Durchführung dieses Gesetzes für unthunlich zu halten, ich hatte nicht die Sicherheit, daß diese Unmöglichkeit der Durchführung auch von der Majorität dieses Hauses angenommen würde, wollte aber das Land der Gefahr nicht aussetzen — Gefahr war es meines Erachtens — dieses Gesetz zu bekommen; der Moment, wo ich dieses Gesetz verhüten konnte, war einzig und allein der der Vorlage im Namen des Kaisers; das verfassungsmäßige Remedium gegen diese Handlung liegt im Wechsel in der Person des Kanzlers; ein anderes sehe ich nicht.

Ich komme dabei, da ich eben den Reichstag berührte, auf mein Zusammenwirken mit dem Reichstage. Das Ideal des Herrn Richter scheint zu sein ein schüchterner, verlegener Kanzler, der sorgfältig hinhorcht: Kann ich hier anstoßen, wenn ich dieses thue, kann ich da anstoßen, wenn ich jenes thue, der den Beschluß des Reichstags nicht abwartet, sondern wenn er die Stimmung bei Collegen erlebt habe, aufgeregt nach Hause kommt und sagt: mein Gott, das Gesetz ist verloren, der und der ist dagegen, und nach drei Wochen ist es durchgegangen. Auf solche Conjecturalpolitik, auf solche Indicienbeweise über das, was im Reichstag etwa beschlossen werden kann, wie die Stellung der Fraktionen ist, die am lautesten sprechen, aber nicht immer das entscheidende Gewicht haben, kann ich mich nicht einlassen, und ich würde Ihnen wirklich rathen, einen solchen ängstlich und besorgt nach jedem Wink hinhörenden Kanzler, wenn es dem Herrn Richter möglich ist, sich einen solchen zu verschaffen, auf dieser Stelle möglichst kurze Zeit zu dulden. Denn wenn ein leitender Minister — und ein solcher ist hier in Rede — keine eigene Meinung hat und nicht sagt, ist er ein von andern ..., so kann brauchen Sie ihn gar nicht. Was Herr Richter dabei vorschlägt, ist die Regierung des Landes durch den Reichstag, die Regierung des Landes durch sich selbst, wie man das in Frankreich genannt hat, und durch seine gewählten Vertreter. Ein Kanzler, ein Minister, der nicht wagt, etwas einzubringen, wovon er nicht sicher weiß, daß er es durchbringt, der ist nur ein unter keinen Minister, der könnte eben so gut mit dem weißen Zeichen hier unter Ihnen herumgehen und sich erkundigen, ob Sie erlauben, daß er dieses oder jenes einbringen will. Dazu bin ich nicht da. In wie weit ich die Unterordnung unter den Bundesrath annehme, das habe ich vorher auseinanderzusetzen versucht, ich habe aber zugleich damit geschlossen, daß noch sub judice lis est, der Prozeß ist nicht geschlossen. Ob ich nach meiner verfassungsmäßigen Ueberzeugung der Mehrheit des Bundesraths mich fügen würde, wenn sie es verlangte, darüber habe ich mich nicht auszusprechen, das ist eine Frage, die bisher nicht vorliegt, die Mehrheit hat es nicht verlangt. Ob ich bei Durchsetzung der Forderung berechtigt bin, meinen Widerspruch aufrecht zu erhalten, darüber sage ich: non liquet, wir werden es künftig sehen. Dergleichen entscheidet sich schließlich durch das uralte Recht, was schon die Römer bei den Deutschen zu ihrem Erstaunen fanden, wovon sie sagten: „Herkommen vocant."

Dieses Herkommen hat sich bezüglich der Handhabung der Verfassung noch nicht gebildet. Dann hat Herr Richter bei mir noch nach einer dritten Richtung hin zu viel Selbstständigkeit gefunden gegenüber den Chefs der Reichsämter. Er hat, wenn ich recht gehört habe, sich mit der Hoffnung geschmeichelt, daß das Stellvertretungsgesetz mir eine willkommene Gelegenheit gebe, mich auf einen mehr ornamentalen Standpunkt, wie er sich ausdrückte, zurückzuziehen und die Geschäfte und Thätigkeit denen zu überlassen, die mich vertreten, und das berühmte Arcanum der Majoritätsabstimmung auch in die Reichsregierung einzuführen. Auch da muß ich sagen, muß Herr Richter, ehe ich mich den höchsten Reichsbeamten unterordnen darf, doch die Verfassung ändern. Kann ich denn vor Sie treten und sagen, ja meine Herren, ich bin sehr zweifelhaft, ob ich dieses wohl verantworten kann, aber der Herr Staatssecretär aus diesem Ressort war der Meinung, und nach Anleitung des Herrn Richter habe ich mich dessen Autorität gefügt. Wenn Sie es verhindern, thun Sie mir einen Gefallen, dem Staatssecretär aber nicht? — Das wäre doch auch wieder eine ganz unmögliche Stellung, die Herr Richter mir zumuthet. Die Herren Chefs der Reichsämter sind nicht für mich verantwortlich, außer insoweit sie vermöge des Stellvertretungsgesetzes substituirt sind, sondern ich bin für ihre Handlungen verantwortlich; ich habe dafür aufzukommen, daß es Politiker sind, die sich mit der Gesammtrichtung der Reichspolitik, so wie ich sie verantworten will, im Einverständniß halten, und wenn ich dieses Einverständniß dauernd und principiell bei einem von ihnen vermisse, so ist es meine Pflicht und Schuldigkeit, ihm zu sagen: wir können beide zusammen nicht im Amte bleiben. Das ist auch eine Aufgabe, der ich mich, wenn sie an mich herantrat, niemals entzogen habe. (Heiterkeit links.) Ich habe dazu nie so künstliche Maschinerien und Feuerwerk gebraucht, wie man mir zuschreibt, daß ich sie in der vorigen Woche absichtlich und berechnet ins Werk gesetzt hätte. Sie müssen nicht glauben, daß Minister heut zu Tage an ihrem Posten so kleben, wie manche andere hochgestellte Beamte, bei denen auch der stärkste Wink nicht hinreicht, um sie zur Einsicht zu bringen, daß es Zeit wäre.

Ich habe noch keinen Minister heutzutage gefunden, bei dem es nicht nothwendig wäre, ihm ab und zu zuzureden, daß er auf seinem Posten doch noch länger aushalten möge, daß er sich nicht daran stoßen möge, daß die harte und aufreibende Arbeit, die eine concurrirende Friction mit mindestens drei parlamentarischen Körpern, einem Abgeordnetenhaus, einem Herrenhaus und einem Reichstag giebt, wo einer den andern ablöst, ja nicht einmal auf die Ablösung wartet, sondern gleichzeitig fungiren, und wenn der Kampf beendigt ist, und wenn die Abgeordneten zufrieden in ihre Heimath zurückkehren, dann kommt den andern Tag ein Rath zum Minister und sagt: jetzt ist es Zeit, die Vorlagen für die nächste Sitzung zu bearbeiten. Dabei ist das ganze Geschäft vielleicht ein sehr ehrenvolles, aber kein sehr vergnügliches. Wer ist überhaupt in der Lage, wie ein deutscher Minister sich so öffentlich mit einer solchen Schärfe und in einer solchen Tonart kritisiren zu lassen, gegen wen gilt es außerdem noch unter gebildeten Leuten, daß die Gewohnheit des gesellschaftlichen Lebens ihm gegenüber außer Geltung tritt. Man sagt einem Minister ohne das mindeste Bedenken öffentlich Dinge, die man, wenn er nicht Minister wäre, sich geniren würde, ihm auch privatim zu sagen, wenn man ihm etwa in einem Salon begegnet. Ich würde das im Reichstage nicht sagen, wenn derselbe nicht auch auf diesem Gebiet, wie in allem Uebrigen eine Ausnahmestellung in Deutschland einnähme — ich habe hier so scharfe Dinge, wie in andern Versammlungen meines Wissens kaum zu hören gehabt, ich habe wenigstens ein versöhnliches Gedächtniß bis jetzt für sie gehabt, aber im Ganzen werden Sie mir doch Recht geben, daß in unseren politischen öffentlichen Debatten die Tonart nicht auf der Höhe steht, wie in unserem gewöhnlichen gesellschaftlichen Verkehr, und namentlich den Ministern gegenüber. Auch unter einander kommt es mitunter vor, aber darüber steht mir keine Kritik zu.

Auch die ministerielle Seite kritisire ich nicht, ich bin dagegen abgehärtet durch langjährige Erfahrung und kann es aushalten. Aber ich schildere hier nur die Gründe, die es machen, daß kein Minister an seinem Posten klebt, und daß man mir nicht Unrecht thut, wenn man glaubt, es gehörte irgend eine künstliche Anstrengung dazu, um einen Minister zu bewegen, daß er aus dem Posten weicht. Nicht jeder war gewohnt, an die Behandlung, daß öffentlich in der Presse der unwissendste Correspondent einen alten erfahrenen Minister herunterreißt, wie einen dummen Jungen. Das lesen wir in jeder Zeitung alle Tage und das mag man sich ja gefallen lassen. Darüber klagt man nicht so; aber können wir sagen, daß in unseren parlamentarischen Debatten gegenüber den Mitgliedern der Regierung — den Commissaren gegenüber wird mitunter noch härter verfahren — dieselbe Urbanität des Tones herrsche, durch die sich die gute Gesellschaft in Deutschland auszeichnet? Ich sage nicht nein, sondern ich überlasse Ihnen die Beantwortung dieser Frage, ich sage nur, daß das Geschäft ein sehr mühsames und fruchtloses, nicht blos Verdrießlichkeiten ausgesetztes, sondern ein aufreibendes und anstrengendes ist. Das bringt die Herren Minister in die Stimmung, daß sie mit großer Leichtigkeit ihre Posten aufgeben, sobald sie ein anderes Motiv dafür finden können, als das einfache: ich will nicht mehr, ich mag nicht mehr, es ist mir über. Uebrigens ist bei uns, was ich Herrn Richter gegenüber als Zeugniß für meine collegialische Liebenswürdigkeit anrufen darf, der Wechsel nicht so rasch und so häufig gewesen, wie in allen anderen Ländern. Zählen Sie doch die Zahl der Minister, die seit meinem Antritt, seit 1862, über die Bühne gegangen sind, und addiren Sie die Rücktritte, die aus anderen als parlamentarischen Gründen erfolgt sind, und Sie werden im Vergleich mit allen anderen Ländern für die Verträglichkeit der Minister in Deutschland ein außerordentlich günstiges Facit finden. Ich halte also diese Anspielungen, die auf meine Unverträglichkeit und auf meine wechselnde Ueberzeugung gemacht worden sind, für völlig unzutreffend.

Ich erlaube mir bei dieser Gelegenheit auf diese in der Presse und auch hier so oft vorkommenden Vorwürfe noch mit einem Worte zurückzukommen, als hätte ich meine Ansichten über diese oder jene Sachen häufig und schroff gewechselt. Nun, ich gehöre allerdings nicht zu denen, die jemals im Leben geglaubt haben oder heute glauben, sie könnten nichts mehr lernen, und wenn mir einer sagt: vor 20 Jahren waren Sie mit mir gleicher Meinung, heute habe ich dieselbe Meinung noch und Sie haben eine entgegengesetzte, so antworte ich ihm darauf: ja, so klug wie Sie heute sind, war ich vor 20 Jahren auch, heute bin ich klüger, ich habe gelernt in den 20 Jahren. Aber ich will mich aus diesem berechtigten Einwand nicht zurückziehen, daß ein Mensch, der nicht lernt, nicht fortschreitet mit seiner Zeit und also auch der Zeit nicht gewachsen bleibt; bleibt zurück, wer feststeht auf dem Standpunkt, den er einmal gehabt hat. Ich will mich damit gar nicht entschuldigen. Für mich hat immer nur ein einziger Compaß, ein einziger Polarstern, nach dem ich steuere, bestanden: salus publica. Ich habe von Anfang meiner Thätigkeit an vielleicht oft rasch und unbesonnen gehandelt, aber, wenn ich Zeit hatte darüber nachzudenken, mich immer der Frage untergeordnet: was ist für mein Vaterland, was ist — so lange ich allein in Preußen war — für meine Dynastie, und heutzutage, was ist für die deutsche Nation das Nützliche, das Zweckmäßige, das Richtige? Doctrinär bin ich in meinem Leben nicht gewesen; alle Systeme, durch die die Parteien sich getrennt und gebunden fühlen, kommen für mich in zweiter Linie; in erster Linie kommt die Nation, ihre Stellung nach außen, ihre Selbstständigkeit, unsere Organisation in der Weise, daß wir als große Nation in der Welt frei athmen können. (Beifall rechts.)

Alles, was nachher folgen mag, liberale, reactionäre, conservative Verfassung — meine Herren, ich gestehe ganz offen, das kommt nur in zweiter Linie, das ist ein Luxus der Einrichtung, der an der Zeit ist, nachdem das Haus festgebaut dasteht. In diesen Parteifragen kann ich zum Nutzen des Landes dem Einen oder dem Andern näher treten, die Doctrin gebe ich außerordentlich wohlfeil. Schaffen wir zuerst einen festen, nach außen gesicherten, im Innern festgefügten, durch das nationale Band verbundenen Bau, und dann fragen Sie mich um meine Meinung, in welcher Weise das Haus mit mehr oder weniger liberalen Verfassungs-Einrichtungen zu möbliren sei, und Sie werden vielleicht finden, daß ich antworte: Ja, ich habe darin keine vorgefaßte Meinung; machen Sie mir Vorschläge, und wenn der Landesherr, dem ich diene, bestimmt, so werden Sie bei mir principielle Schwierigkeiten wesentlich nicht finden. Man kann es so machen oder so, es giebt viele Wege, die nach Rom führen. Es giebt Zeiten, wo man liberal regieren muß, und Zeiten, wo man dictatorisch regieren muß, es wechselt Alles, hier giebt es keine Ewigkeit. Aber von dem Bau des Deutschen Reiches, von der Einigkeit der deutschen Nation, da verlange ich, daß sie fest und sturmfrei dastehe und nicht blos eine passagere Feldbefestigung nach einigen Seiten hin habe. Seiner Schöpfung und Consolidation habe ich meine ganze politische Thätigkeit vom ersten Augenblick, wo sie begann, untergeordnet, und wenn Sie mir einen einzigen Moment zeigen, wo ich nicht nach dieser Richtung der Magnetnadel gesteuert habe, so können Sie mir vielleicht nachweisen, daß ich geirrt, aber nicht, daß ich das nationale Ziel einen Augenblick aus den Augen verloren habe. (Beifall rechts.)

(Schluß folgt in der Morgen-Ausgabe.)

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 24. Febr. Das sächsische Königspaar ist Abends 8½ Uhr per Extrazug hier angekommen und wurde von den Majestäten, dem Kronprinzenpaar, dem Prinzen Wilhelm und sämmtlichen Prinzen des Königlichen Hauses auf dem Bahnhofe empfangen, wo eine Ehren-Compagnie des 2. Garde-Regiments mit Musik und Fahne aufgestellt war. Die Majestäten geleiteten das Königspaar nach dem Schloß. Nach der Ankunft nahmen die Majestäten mit sämmtlichen Prinzen und Prinzessinnen und den bereits anwesenden Festgästen den Thee bei dem sächsischen Königspaare ein.

Stuttgart, 24. Febr. Nach einer Mittheilung des „Staats-Anzeigers für Würtemberg" ist Se. Kgl. Hoheit der Prinz August von Würtemberg mit der Vertretung des Königs bei den Vermählungsfeierlichkeiten in Berlin beauftragt worden.

Wien, 24. Febr. Das Abgeordnetenhaus berieth heute den Antrag des Deputirten Lienbacher betreffs der achtjährigen Schulpflicht. Der Unterrichtsminister erklärte, die Regierung habe die Frage stets nur vom Standpunkte der Schulökonomie aus, niemals aber aus dem politischen und staatsrechtlichen Standpunkte betrachtet, die Schule, von Niemand bedroht, sei nicht in Gefahr und durch Annahme des Antrags werde der Reichsgesetzgebung nichts entzogen.

Rom, 24. Febr. Prinz Amadeus ist gestern Abend mit seinem Gefolge von Turin über München nach Berlin abgereist.

Paris, 24. Februar. Senat. Broglie interpellirt über die ungenügenden Mittheilungen in der griechischen Frage und die Nothwendigkeit, dieselben zu vervollständigen. Die jüngsten Erklärungen Barthelemy's hätten zwar die Beunruhigungen beseitigt aber die Absendung von Gewehren und Munition nach Griechenland führe zum Glauben, daß die vordem Griechenland gewährte offene Unterstützung in eine geheime umgewandelt und versteckte Maßregeln unter dem Schutze eines hohen Einflusses wider den Willen des Cabinets ergriffen worden. Die Sendung Thomassins, das Versprechen von Gewehren, wovon in Corbett's Depeschen die Rede ist, bildeten eine Politik, deren Eingeber er kennen zu lernen wünschte. Broglie verlangt Erklärungen über den Beginn der Ausführung der betreffenden Gewehrsendung. Der Ministerpräsident erwidert, über die Mission Thomassins existire ein einziges diplomatisches Schriftstück; dasselbe sei dem letzten Gelbbuche einverleibt. Die Mission war eine gewöhnliche, normale Thatsache, sie werde aber entstellt durch die Intransigenten von der Rechten und Linken. Freycinet constatirte bereits, daß die Sendung französischer Offiziere nach Griechenland und deutscher Beamten nach der Türkei das Einvernehmen der Mächte in keiner Weise stören konnte. Ferry erinnert an die Note Decazes, welche den Waffenverkauf gestattet, so lange der Krieg nicht erklärt ist. Es seien die mit den Verkäufen beauftragten Artilleriedirectoren ohne jede politische Vormeinung, sie wären froh, sich von altem Material befreien zu können. Aber als die Regierung im letzten Augenblicke von dem Waffenverkaufe Kenntniß erhalten, habe sie die Ausfuhr vollständig untersagt. Es sei auch nicht eine einzige Patrone ausgeführt worden. In dem Allen liege kein Grund von einer geheimen Regierung zu reden. Nach weiteren Erklärungen Buffets und Audiffrets nahm der Senat mit 166 gegen 112 Stimmen die einfache Tagesordnung an.

London, 24. Febr. Der Prinz von Wales und der Herzog von Edinburg sind gestern Abend über Calais nach Berlin abgereist.

London, 24. Febr. Unterhaus. Dilke antwortet Wolff Guest, bis zum Augenblicke, wo er das auswärtige Amt verließ, habe der Bey von Tunis Englands Schutz nicht nachgesucht. Ueber die Unterredung des Beys mit dem französischen Generalconsul erhielt die Regierung eine Mittheilung, sie könne aber den Schriftwechsel nicht vorlegen. Hartington hofft, Gladstone werde am Montag der Sitzung wieder beiwohnen. Die Vorlage des Kriegsbudgets erfolgt Montag. Gladstones Antrag, daß die Berichtsdebatte über die irische Zwangsbill bis 7 Uhr erledigt sein müsse, wurde mit 371 gegen 53 Stimmen angenommen.

Triest, 24. Febr. Der Lloyddampfer „Ceres" ist heute aus Konstantinopel hier eingetroffen.

Berlin, 24. Februar. Die „Nat.-Ztg." schreibt: Ueber den Abgang des Grafen Eulenburg kann man die Acten als geschlossen betrachten. Bezüglich der Nachfolge wird in erster Linie jetzt der jetzige Cultusminister v. Puttkamer genannt. Der Finanzminister Bitter wird das Provisorium übernehmen.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(W.T.B.) **Paris**, 24. Febr., Abends. [Boulevard] 3% Rente —. —, Neueste Anleihe 1872 119, 56. Türken 13, 37. Neue Egyptier 362, —. Banque ottomane —, —. Italiener 89, 35. Chemins —, —. Oesterr. Goldrente —, —. Ungar. Goldrente 97 1/8. Spanier exter. 21 3/8, inter. —, —. Staatsbahn —, —. Lombarden —, —. 1877er Russen —, —. Türkenloose 51, 50. Türken 1873 —, —. Amortisirbare —, —. Orient-Anleihe —. Pariser Bank —. Matt.

Frankfurt a. M., 24. Febr., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 49. Pariser Wechsel 80, 86. Wiener Wechsel 174, 15. Köln-Mindener-Stamm-Actien 150 5/8. Rheinische Stamm-Actien 162 1/2. Hessische Ludwigsbahn 94 1/2. Köln-Mind. Prämien-Anth. 133. Reichsanleihe 101 1/8. Reichsbank 146 3/8. Darmstädter Bank 148 1/8. Meininger Bank 97 1/2. Oesterr.-Ungarische Bank 711, 00. Creditactien*) 264 1/4. Silberrente 66 3/8. Papierrente 64 1/4. Goldrente 77 3/4. Ungarische Goldrente 97 5/8. 1860er Loose 124 3/4. 1864er Loose 323, 70. Ungarische Staatsloose 227, 50. Ungar. Ostbahn-Obligat. II. 90 1/4. Böhmische Westbahn 222. Elisabethbahn 180. Nordwestbahn 173 5/8. Galizier 242. Franzosen *) 256 1/4. Lombarden*) 92 1/4. Italiener —. 1877er Russen 94 5/8. 1880er Russen 76 5/8. II. Orientanleihe 61 7/8. III. Orientanleihe 61 5/8. Central-Pacific 112 1/4. Wiener Bankverein 111 5/16. Ungarische Papierrente — —. Elbthal —. Lothringer Eisenwerke — —. Privat-Discont — pCt. Spanier —. Behauptet.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 264 3/8. Franzosen 256 7/8. Galizier — —. Lombarden 91. Ungar. Goldrente — —. 1880er Russen — —. II. Orientanleihe — —. Oesterr.-Ungar. Bank —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 24. Febr., Nachm. [Schluß-Course.] Preuß. 4proc. Consols 101 1/8, Hamburger St.-Pr.-A. 125 1/2, Silberrente 66 3/8, Oest. Goldrente 78, Ung. Goldrente 97 3/4, Credit-Actien 264, 1860er Loose 125 1/2, Franzosen 642, Lombarden 235, Ital. Rente 89 1/4, 1877er Russen 94 7/8, 1880er Russen 75 3/8, II. Orient-Anl. 59 3/4, Laurahütte 120, Norddeutsche 163 5/8, 5% Amerik. 93 1/2, Rhein. Eisenbahn 162 3/4, do. junge 157, Berg.-Märk. do. 115, Berlin-Hamburg do. 222 1/2, Altona-Kiel do. 155. Discont 2%. Schwach.

Hamburg, 24. Febr., Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco unverändert, auf Termine ruhig. Roggen loco unverändert, auf Termine ruhig. Weizen pr. April-Mai 207, 00 Br., 206, 00 Gd., pr. Mai-Juni 214, 00 Br., 212, 00 Gd. Roggen pr. April-Mai 191, 00 Br., 190, 00 Gd., pr. Mai-Juni 187, 00 Br., 186, 00 Gd. Hafer und Gerste unverändert. Rüböl ruhig, loco 55, 00, pr. Mai 55, 00. Spiritus ruhig, per Februar 47, 75 Br., per März-April 47 Br., per April-Mai 47 Br., per Mai-Juni 47 Br. Kaffee matt, Umsatz 1500 Sack. Petroleum still, Standard white loco 9, 20 Br., 9, 00 Gd., per Februar 9, 00 Gd., per März-April 9, 10 Gd. — Wetter: Prachtwetter.

Posen, 24. Februar. Spiritus pr. Febr. 53, 10, pr. März 53, 20, pr. April-Mai 54, 00. Gek. 10,000 Liter. Matt.

Liverpool, 24. Febr., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 8000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 7000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 24. Februar, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Ruhig. Middl. amerikanische Juni-Lieferung 6 9/16 D.

Liverpool, 24. Februar, Nachm. Officielle Notirungen. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Definitiver Umsatz — B. Upland good ordinary 5 13/16, Upland low middling 6 3/16, Upland middling 6 3/8, Mobile middl. 6 3/4, Orleans good ordinär 5 15/16, Orleans low middl. 6 5/16, Orleans middl. 6 1/2, Orleans middl. fair 7 3/4, Pernam fair 6 13/16, Santos fair —, Bahia fair —, Maceio fair 6 15/16, Maranham fair 7, Egyptian brown middl. 5 1/2, Egyptian brown fair 7, Egyptian brown good fair 7 3/8, Egypt. white middl. —, Egyptian white fair 7 1/8, Egyptian white good fair 7 3/8, Smyrna fair —, M. G. Broach fair —, Dhollerah middl. 3 1/2, Dhollerah good middl. 4, Dhollerah middl. fair 4 3/8, Dhollerah fair 4 3/4, Dhollerah good fair 5 1/8, Dhollerah good 5 9/16, Domra fair 4 3/4, Domra good fair 5 1/8, Domra good 5 9/16, Scinde fair 4 3/8, Bengal fair 4 3/8, Bengal good fair 4 3/8, Madras Tinnevelly fair —, Madras Tinnevelly good fair 5 7/8, Madras Western fair 4 11/16, Madras Western good fair 4 1/16.

Pest, 24. Febr., Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco sehr beschränkter Umsatz, auf Termine unverändert. schlußlos, pr. Frühjahr 11, 25 Gd., 11, 30 Br. Hafer pr. Frühjahr 6, 40 Gd., 6, 45 Br. Mais pr. Mai-Juni 5, 95 Gd., 6, 00 Br. Kohlraps —. — Wetter: Schön.

Paris, 24. Febr., Nachmittags. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen behauptet, pr. Febr. 28, 40, pr. März 28, 10, pr. März-Juni 27, 90, pr. Mai-August 27, 60. Roggen behauptet, per Februar 22, 00, pr. Mai-August 21, 50. Mehl behauptet, per Februar 61, 80, pr. März 61, 00, pr. März-Juni 60, 50, pr. Mai-August 59, 60. Rüböl ruhig, pr. Februar 71, 75, pr. Mai-Juni 73, 25, per Mai-August 73, 75, pr. Septbr.-Decbr. 75, 00. Spiritus behauptet, pr. Febr. 64, 25, pr. März 62, 00, pr. März-April 61, 75, pr. Mai-August 60, 25. — Wetter: Schön.

Paris, 24. Februar, Nachmittags. Rohzucker 88° loco behauptet, 57, 25. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kgr. per Februar 67, 00, per März 67, 10, per März-Juni 67, 50, per Mai-August 67, 75.

London, 24. Februar, Nachm. Havannazucker Nr. 12 23 1/2. Fest.

Glasgow, 24. Februar. (Schlußbericht.) Roheisen 50, 2 1/2.

Antwerpen, 24. Februar, Nachm. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen behauptet. Roggen fest. Hafer still. Gerste unverändert.

Antwerpen, 24. Febr., Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 22 3/4 bez., 23 Br., per März 23 Br., per April 23 Br., per September-December 23 3/4 Br. Ruhig.

Bremen, 24. Febr., Nachmittags. Petroleum besser. (Schlußbericht.) Standard white loco 9, 10 bez., per März 9, 10 bez., per April 9, 10 Br., per August-December 9, 70 Br.

Handel, Industrie rc.

Berlin, 24. Februar. [Börse.] Die Börse eröffnete heute nicht in so animirter Haltung, als man es im Allgemeinen erwartet hatte. Unsere Speculation will wieder geschoben werden, es fehlte aber an den Hebeln, welche die fortschreitende Bewegung in regen Fluß bringen sollten. Die auswärtigen Plätze hatten gestern Abend zwar in fester Tendenz geschlossen, das Cours-Niveau aber nur unmerklich geändert, mit Ausnahme von Wien, welches einen starken Rückgang der Valuten und von der heutigen Frühbörse eine Courserhöhung von 3 Fl. für Franzosen meldete. Dieses Papier übernahm auf Grund jener Steigerung die Führung des hiesigen Verkehres, bei einem sehr bedeutenden Kaufandrange avancirte ihr Preis auf 514 1/2 und 515 1/2, zu welchen Preisen nahmhafte Schlüsse zu Stande kamen. Außer diesem Effect ist nicht ein einziges zu nennen, welches sich eines animirten Verkehres zu erfreuen gehabt hätte. Die Grundtendenz charakterisirte sich zwar generaliter als eine feste, das Bestreben, ohne einen Coursdruck zu verursachen, die Engagements zu reduciren, war aber unverkennbar vorhanden. Creditactien notirten niedriger als gestern, tendirten aber fest, wozu der augenblickliche Stand der serbischen Bahnfrage, welche eine für die Länderbank wenig günstige Wendung angenommen haben soll, nicht unerheblich beitrug. Lombarden und die österr. Nebenbahnen waren vernachlässigt, nur Elbethal- und Nordwestbahn hatten anfänglich einigen Verkehr bei fester Haltung aufzuweisen. Der Rentenmarkt hat an Lebhaftigkeit sehr eingebüßt, das Geschäft bewegte sich auf demselben in recht ruhiger Weise zu etwa gestrigen Coursen. Für rumänische Rente war etwas Kauflust vorhanden, während russiche Anleihen zu 1/8 Procent ermäßigten Preisen angeboten waren. Russische Noten waren wiederum geschäftslos. Der locale Speculationsmarkt zeigte etwas mehr Leben und weniger Festigkeit als gestern, da Abgeber weniger zurückhaltend waren. In erster Linie mußten Montanwerthe unter dem Drucke größerer Realisationen, welche zum Theil durch die abweichende Richtung der Glasgower Roheisennotiz veranlaßt sein mochten, bedeutend retiriren. Auch für Banken war die Disposition keine freundliche. Inländische Bahnen konnten bei ganz geringen Umsätzen ihr letztes Niveau ungefähr behaupten.

Course um 2 1/2 Uhr: Schwächer. Credit 528,50, Franzosen 515,00, Lombarden 190,00, Reichsbank 146,90, Disconto-Comm. 177,00, Handels-Gesellschaft —,—, Laurahütte 120,25, Dortmunder Union 92,25, Bergische 114,62, Rumänische Rente 93,62, Türken 13,90, Italiener 89,62, Oesterreichische Gold-Rente 78,00, dito. Silber-Rente 66,25, dito. Papier-Rente 64,12, Ungarische Goldrente 97,75, 5proc. Russen 1877 97,00, 4proc. do. 1880 76,50, Köln-Mindener —, —, Rheinische —, —, II. Orient-Anleihe 61,62 [illegible] do. III. 61,37, Russische Noten 214,00, Wiener Bankverein —. Buschtiehrader 73,75. Investitionsanleihe 95,25.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterr. Silber[illegible] do. Eisenbahn - Coupon 173,20 bez., do. Papier[illegible]-Coup. 173, Eisen[illegible] min. 40 Pf. l. Wien, Amerik. Gold-Doll.-Bonds 4,19 bez., do. zahlbar in Wien 20 bez.,

Prioritäten 4,19 bez., do. Papier-Dollar 4,19 bez., 6% New-York-City 4,19 bez., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier u. verl. min. 75 Pf. l. Bet., Poln. Papier u. verl. min. 75 Pf. Warschau, Russ. Zoll 20,54—53 bez., 1822er Russen —, Gr. Russ. Staatsbahn — bez., Russ. Boden-Credit —,— bez., Warschau-Wiener Comm. — bez., Warschau-Terespol —,— bez., 3% und 5% Lombarden min. — Pf. Paris, Diverse in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer min. — Pf. Paris, Belgische min. — Pf. Brüssel, Berl. Lstr.-Obligat. 20,42 bez.

Berliner Börse vom 24. Februar 1881.

Fonds- und Geldcourse.

Deutsche Reichs-Anl.	4	101,00 bz
Consolidirte Anleihe	4½	105,40 bz
do. do. 1876	4	101,20 bz
Staats-Anl	4	100,70 bzG
Staats-Schuldscheine	3½	97,75 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	152,70 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	104,00 bz
Pfandbriefe: Berliner	4½	103,90 bz
Pfandbriefe: Pommersche	3½	91,70 bz
do.	4	100,00 bz
do.	4½	101,75 bz
do. Ldsch. Crd.	4½	— —
Pfandbriefe: Posensche neue	4	100,00 bz
Pfandbriefe: Schlesische	3½	— —
Pfandbriefe: Landschaftl. Central	4	100,00 bzB
Rentenbriefe: Kur- u. Neumark.	4	100,50 G
Rentenbriefe: Pommersche	4	100,50 bz
Rentenbriefe: Posensche	4	100,30 bz
Rentenbriefe: Preussische	4	100,25 bzG
Rentenbriefe: Westfäl. u. Rhein.	4	100,75 G
Rentenbriefe: Sächsische	4	100 75 bz
Rentenbriefe: Schlesische	4	100,50 B
Badische Präm.-Anl.	4	135,90 bzB
Baierische Präm.-Anl.	4	138,00 bzB
do. Anl. v. 1875	4	100,90 G
Cöln-Mind. Prämiensch.	3½	133,10 bz
Sächs. Rente von 1876	3	79,00 G

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial Obl.	5	108,90 bz
Unkb. Pfb. d. Pr. Hyp.-B.	4½	103,75 B
do. do.	5	102,50 bzG
Deutsche Hyp.-Bk.-Pfb.	4½	102,00 bzG
do. do. do.	5	103,76 bzB
Unkdbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	— —
Kündbr. do. (1872)	5	106,50 bz
do. rückbz. à 110	5	112,50 G
do. do. do.	4½	107,60 bz
Unk. H. d. Pr. Bd. Crd.-B.	5	109,30 bzG
Kündb. Hyp.-Schuld. do.	5	102,60 G
Hyp. Anth. Nord-G.-C.B.	5	100,50 B
do. do. Pfandbr.	5	100,10 G
Pomm. Hypoth.-Briefe	5	106,90 bz
do. do. II. Em.	5	104,25 bzG
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	124,00 bz
do. do. II. Em.	5	122,00 bz
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	108,25 B
do. 4½ do. do. m. 110	4½	103,80 G
Meininger Präm.-Pfd.	4	121,40 bz
Pfbd d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	100,80 G
Schles. Bodencr. Pfndbr.	5	104,50 G
do. do.	4½	104,60 B
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	103 90 bz
do. do.	4½	102,60 G

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1/1. 1/7.)	4⅕	66,25 bz
do. (1/4. 1/10.)		66,25 bz
do. Goldrente	4	78,06 bz
do. Papierrente	4⅕	64,20 bz
do. 54er Präm.-Anl.	4	— —
do. Lott.-Anl. v. 60	5	124 80 bzG
do. Credit-Loose	fr.	337,00 bzG
do. 64er Loose	fr.	325,00 B
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	150,20 bz
do. do. 1866	5	148,90 bz
do. Orient-Anl. v. 1877	5	61 50 bzB
do. II. do. v. 1878	5	61,80-90 bz
do. III. do. v. 1879	5	61.50 bz
do. Engl. v. 1871	5	94.10 G
do. do. v. 1872	5	94,10 bz
do. Anleihe 1877	5	96,90 bz
do. do. 1880	4	76.60-70 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	86et-85,90bB
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	80 40 etbzB
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	85.75 bz
Poln. Pfndbr. III. Em.	5	66,40 bzB
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	57.70 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	p.1.J.r. 99,80G
do. 5% Anleihe	5	99,20 bzG
Ital. 5% Anleihe	5	89,70 B
Raab-Grazer 100 Thlr. L.	4	94,50 bzB
Rumänische Anleihe	8	109,60 G
Rumän. Staats-Obligat.	6	93,70 bz
Türkische Anleihe	fr.	13,90 B
Ungar. Goldrente	6	97.75 bzG
do. Loose (M. p. St.)	fr.	228,00 bzB
Ung. 5% St.-Eisnb.-Anl.	5	93 10 bz

Finnische 10 Thlr.-Loose 51 50 bzB

Türken-Loose 42,00 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.Märk. Serie II.	4½	103,10 G
do. III. v. St. 3½ g.	3½	92,75 etbzB
do. do. VI.	4½	104,60 bz
do. Hess. Nordbahn	4½	103,20 B
Berlin-Görlitz conv.	4½	102,80 G
do. ... B.	4½	101,90 bzG
do. Lit. C.	4½	101,90 G
Bresl.-Freib. Lit. D. E. F.	4½	102,90 G
do. do. G.	4½	102,90 G
do. do. H.	4½	102.90 G
do. do. J.	4½	102 90 G
do. do. K.	4½	102,90 G
do. von 1876	5	106,25 B
Breslau-Warschauer	5	103,00 bzG
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	— —
do. .. Lit. B.	4½	103.00 bz
do. .... IV.	4	100,30 bzG
do. .... V.	4	100,25 G
Halle-Sorau-Guben	4½	103,50 bz
Märkisch-Posener	4½	103,00 G
Niederschles.-Märk. I.	4	— —
do. do. II.	4	100,00 B
do. Obl. I. u. II.	4	100,60 G
do. Obl. III.	4	— —
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	— —
do. E.	3½	92,80 bzB
do. F.	4½	— —
do. G.	4½	— —
do. H.	4½	103,75 G
do. von 1873.	4	— —
do. von 1874.	4½	103.50 G
do. von 1879	4½	104,75 G
do. von 1880.	4½	103.80 G
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb	5	— —
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	4½	— —
Rechte-Oder-Ufer-B.	4½	103,75 G
Schlesw. Eisenbahn	4½	— —
Charkow-Asow gar.	5	98,00 G
do. do. in Pfd. Sterl.	5	95,75 bz
Charkow-Kremen. gar.	5	96,90 G
do. do. in Pfd. Sterl.	5	95,00 bzG
Rjäsan-Koslow gar.	5	101,80 G
Dux-Bodenbach	5	87,40 bzG
do. II. Emission.	5	86,00 bzG
Prag-Dux	fr.	60,70 bzB
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	90,10 bzG
do. do. neue	5	89,60 bzB
Kaschau-Oderberg	5	82,60 bzG
do. Gold.-Prior.	5	95,30 bzG
Ung. Nordostbahn	5	76,30 bz
Ung. Ostbahn.	5	75,20 bzB
Lemberg-Czernowitz	5	80,60 G
do. do. II.	5	86.50 bzG
do. do. III.	5	81,80 bzG
do. do. IV.	5	81 20 bzB
Mährische Grenzbahn	5	70,20 G
Mähr. Schl. Centralbahn	fr.	34,00 bzG
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	84,40 bzG
Oesterr.-Französische	3	380,80 bz
do. do. II.	3	372,20 G
do. südl. Staatsbahn	3	281,00 bz
do. neue	3	281,00 bz
do. Obligationen	5	99,25 bzG
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	101,00 bzB
Warschau-Wien II.	5	103.80 G
do. III.	5	102,75 bz
do. IV.	5	102,50 G
do. V.	5	102,50 etbzG
do. VI.	5	102,90 G

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3	168,70 bz
do. do.	2 M.	3	168,10 bz
London 1 Lstr.	8 T.	3	20,485 bz
do. do.	3 M.	3	20,37 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3½	80,75 bz
do. do.	2 M.	3½	80,40 bz
Petersburg 100 SR.	3 W.	6	212.90 bz
do. do.	3 M.	6	211,80 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	213,40 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4	173.50 bz
do. do.	2 M.	4	172,90 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 284,00 B

Badische 35 Fl.-Loose 178,25 bz

Braunschw. Präm.-Anleihe 100,50 bz

Oldenburger Loose 152,25 G

Ducaten 9,60 bzB	Dollar 4,23 G
Sover. — —	Oest. Bkn. 173,90 bz
Napoleon 16,20 bz	do. Silbergd. 173,50 G
Imperials 16,68 G	Russ. Bkn. 214,00 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1879	1880		
Aachen-Mastricht	¾	—	4	35,70 bzG
Berg.-Märkische	4¼	—	4	114,70 bz
Berlin-Anhalt	5	—	4	119,25 bzG
Berlin-Dresden	0	—	4	17,60 bzB
Berlin-Görlitz	0	—	4	24,30 bzG
Berlin-Hamburg	12½	—	4	224,50 bzG
Berl-Potsd.-Magdb	4	—	4	— —
Berlin-Stettin	4¾	4¾	4¾	117,40 bz
Böhm. Westbahn	6	—	5	111 40 bz
Bresl.-Freib.	4¾	—	4	109,00 bzG
Cöln-Minden	6	6	3	150,50 G
Dux-Bodenbach. B.	0	—	4	107,75 bz
Gal. Carl-Ludw.-B.	7,738	—	4	121,10 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	—	4	25,20 bz
Kaschau-Oderberg	4	—	4	60,75 bz
Kronpr. Rudolfb.	5	—	5	73,50 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	9	4	203,40 bz
Märk.-Posener	0	—	4	29,80 bz
Magdeb.-Halberst.	6	6	6	150,90 bzB
Mainz-Ludwigsh.	4	—	4	94 50 bzG
Niederschl.-Märk.	4	4	4	100 10 G
Oberschl. A. C. D. E.	9⅗	—	3½	197,60 bzG
do. B.	9⅗	—	3½	160,00 bzG
Oesterr.-Fr. St.-B.	6	—	4	514,50-505
Oest. Nordwestb.	4	—	5	347,00 bz
Oest. Südb. (Lomb.)	0	—	4	189.00-91,50
Ostpreuss. Südb.	0	—	4	42,50 bz
Rechte-O.-U.-B.	7³/₁₀	—	4	146,30 bz
Reichenberg-Pard.	4	—	4½	63,90 bzB
Rheinische	7	6½	6½	163,00 bzB
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	100,40 G
Rhein-Nahe-Bahn	0	—	4	13,75 bz
Rumän. Eisenbahn	3⅗	3⅓	3⅓	62,10 bzG
Schweiz Westbahn	0	—	4	30,20 bzG
Stargard-Posener	4½	4½	4½	103,10 bzG
Thüringer Lit. A.	8½	—	4	174,00 bzB
Warschau-Wien	11⅔		4	291,50 G
Weimar-Gera	4½	—	4½	51,00 bzB

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Dresden	0	—	5	53,90 bzB
Berlin-Görlitzer	3⅓	—	5	86 50 bzG
Breslau-Warschau	0	—	5	49,90 bzG
Halle-Sorau-Gub.	3½	—	5	98,30 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	—	5	50,90 bzG
Märkisch-Posener	5	—	5	102,25 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	89 10 bz
do. Lit. C.	5	5	5	125,00 G
Marienburg-Mlawa	5	—	5	90,60 bzG
Ostpr. Südbahn	5	—	5	85,60 bzG
Posen-Kreuzburg	2¾	—	5	70,60 bzG
Rechte-O.-U.-B.	7³/₁₀	—	5	145,00 bzG
Rumänier	8	—	8	— —
Saal-Bahn	0	—	5	63,20 bzG
Weimar-Gera	0	—	5	37,80 bzG

Bank-Papiere.

Allg. Deut.-Hand.-G	4	6	4	86,00 G
Berl. Kassen-Ver.	8⁹/₁₀	9⁹/₁₀	4	172,50 bz
Berl. Handels-Ges.	5	5½	4	101,50 bzG
Brl. Prd.-u. Hdls.-B.	4⅓	4½	4	76,50 B
Braunschw. Bank	4½	—	4	92,50 G
Bresl. Disc.-Bank.	5½	—	4	95,90 bzG
Bresl. Wechslerb.	6	—	4	101,60 bzG
Coburg. Cred.-Bnk.	5	—	4	87,60 bzG
Danziger Priv.-Bk.	5	5½	4	110,10 G
Darmst. Creditbk.	9½	—	4	148,00 bz
Darmst. Zettelbk.	5⅙	—	4	107,10 G
Dessauer Landesb.	6½	—	4	119 00 bzB
Deutsche Bank	9	—	4	149,40 bz
do. Reichsbank	5	—	4½	146,90 bzB
do. Hyp.-B. Berl.	6	5¼	4	91,50 bzG
Disc.-Comm.-Anth.	10	—	4	177,40 bz
do. ult.	10	—	4	177,70-77,25
Genossensch.-Bnk.	7	7¾	4	120,00 bzG
do. junge	7	—	4	— —
Goth. Grundcredb.	5	—	4	93,50 bzG
do. junge	5	—	4	93,90 bz
Hamb. Vereins-B.	7	6⅔	4	— —
Hannov. Bank	4½	5½	4	105,25 G
Königsb. Ver.-Bnk.	5	—	4	97,00 G
Ldw.-B. Kwilecki	4⅔	—	4	74,00 G
Leipz. Cred.-Anst.	10	9	4	148,60 bzG
Luxemburg. Bank	10	—	4	137.00 B
Magdeburger do.	5⅕	5⅘	4	114 50 G
Meininger do.	0	—	4	97,50 G
Nordd. Bank	10	10	4	164.00 bz
Nordd. Grundcr.-B.	0	—	4	58,30 bzG
Oberlausitzer Bk.	4⅔	5⅚	4	96,00 bzG
Oest. Cred.-Actien	11¼	—	4	531,50-531,00
Posener Pro.-Bank	7	—	4	117,00 B
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	0	6⅙	4	100 00 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	—	4	126,50 bzG
Preuss. Immob.-B.	—	—	4	107,60 bzG
Sächs. Bank	6	6⅙	4	120,10 bz
Schl. Bank-Verein	6	—	4	107,60 bzG
Wiener Unionsbk.	6	—	4	235,00 bzG

In Liquidation.

Centralb. f. Genoss.	—	—	fr.	11,00 G
Thüringer Bank	—	—	fr.	129,00 G

Industrie-Papiere.

D. Eisenbahnb.-G	0	—	4	7.20 bzG
Märk. Sch. Masch. G	0	—	4	34,00 bzB
Nordd. Gummifab.	1½	—	4	38,75 bz
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	2	—	4	89,50 G
Schles. Feuervers.	22	—	fr.	1050 B
Bismarckhütte	12	—	4	109,25 bzG
Donnersmarkhütt.	1½	—	4	62,00 bzG
Dortm. Union	0	—	4	13,60 G
do. St.-P. Lit. A.	2	—	6	92 60 bzG
Königs- u. Laurah.	6½	—	4	120 10 bzB
Lauchhammer	0	—	4	35,00 G
Marienhütte	4	—	4	74,25 bz
Cons. Redenhütte	8	—	4	138,00 bzB
do. Oblig.	6	6	6	105,00 bzB
Schl. Kohlenwerke	—	—	4	c. 115,80 bzG
Schl. Zinkh.-Actien	5½	—	4	97,75 bz
do. St.-Pr.-Act.	5½	—	4½	103,50 G
do. Oblig.	5	5	5	106,50 B
Oppeln. Portl. Cem.	4¼	—	4	68,80 bzG
Groschowitzer dto.	4	6½	4	81,50 B
Tarnowitz. Bergb.	0	—	4	73,75 B
Vorwärtshütte	0	—	4	30,60 bzG
Bresl. E.-Wagenb.	3⅓	—	4	88,25 bzG
do. ver. Oelfabr.	7½	—	4	85,40 bz
do. Strassenbahn	6¼	—	4	129,50 bzG
Erdm. Spinnerei	0	—	4	32,50 bzG
Görlitz. Eisenb.-B.	3	—	4	79,90 bzB
Hoffm. s Wag.-Fabr	2	—	4	53,60 bzG
O.-Schl. Eisenb.-B	0	—	4	47,00 bzG
Schl. Leinenind.	6	—	4	96,10 bz
do. Porzellan	2	—	4	30,75 bzG
Wilhelmsh. MA.	0	—	4	36,25 bzG

Bank-Discont 4pCt

Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

London, 24. Februar. [Bankausweis.] Totalreserve 17,420,000 Pfd. St., Zun. 842,000 Pfd. St., Notenumlauf 25,259,000 Pfd. St., Abnahme 175,000 Pfd. St. Baarvorrath 27,679,000 Pfd. St., Zun. 667,000 Pfd. St., Portefeuille 20,681,000 Pfd. St., Abn. 276,000 Pfd. St., Guthaben der Privaten 24,197,000 Pfd. St., Abn. 1,097,000 Pfd. St., Guthaben des Staatsschatzes 10,573,000 Pfd. St., Zun. 704,000 Pfd. St., Notenreserve 16,214,000 Pfd. St., Zun. 957,000 Pfd. St., Regierungssicherheit 14,832,000 Pfd. St. Zun. 997,000 Pfd. St. Procentverhältniß der Reserve zu den Passiven: 49¾ pCt. Clearinghouse-Umsatz 93 Mill., gegen die entsprechende Woche des Vorjahres unverändert.

Berlin, 24. Februar. [Producten-Bericht.] Das Wetter ist prachtvoll. Der Verkehr in Roggen war auch heute eng begrenzt, doch die Haltung ist fest. Im Terminhandel sind es vorzugsweise wohl Deckungskäufe auf Frühjahr, die dem Begehr zur Grundlage dienen und dem vorsichtigen Angebot gegenüber sich den festen Forderungen fügen müssen; spätere Sichten werden sehr wenig umgesetzt. Der Handel loco ist schwach; Eigner treten zwar wenig hervor, doch das verhindert nicht, daß Preise sich eher verschlechterten. — Roggenmehl unverändert. — Weizen ziemlich preishaltend. Mäßiger Begehr fand genügendes Angebot auf Termine. Waare ist reichlich offerirt, der Absatz schwerfällig. — Hafer loco und auf Termine etwas fester. — Rüböl wenig belebt und ohne wesentliche Aenderung. — Petroleum still. — Spiritus, matt und etwas billiger einsetzend, hat sich später wieder erholt, schließt indessen ruhig, kaum so hoch wie gestern.

Weizen loco 170—230 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, gelber märkischer — M. ab Bahn bez., stark defecter polnischer — M. ab Bahn bez., do. klammer mit starkem Geruch — M. ab Bahn bez., fein weiß polnischer — M. ab Bahn bez. u. Br., fein weiß uckermärkischer — Mark ab Bahn bez., per Februar — Mark bez., per April-Mai 208½ Mark bez., per Mai-Juni 209½ Mark bez., per Juni-Juli 210½ Mark bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — M. — Roggen loco 190—209 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, inländischer mit starkem Auswuchs — M. ab Bahn bez., inländ. 200—204 Mark ab Bahn und Boden bez., fremder — Mark ab Bahn bez., polnischer mit etwas Geruch — Mark ab Kahn bez., klammer inländischer 190—197 Mark ab Bahn bez., fein. inländischer 205—207 Mark ab Bahn und Boden bez., per Februar — M. bez., per Februar-März — M. bez., per April-Mai 199¼—199¾ bis 199½ M. bez., per Mai-Juni 193—193½—193 M. bez., per Juni-Juli 186—186½—186 M. bez., per Juli-August 176—176½—176 M. bez., per Sept.-October 170—170½—170 M. bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Gerste loco 145—200 Mark nach Qualität gefordert. — Hafer loco 150—170 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und west-preußischer 152—160 Mark bez., russischer 152—158 Mark bez., pommerscher, mecklenburgischer und uckermärkischer 157—160 Mark bez., schlesischer 157—160 M. bez., böhm. 157—160 M. bez., fein weiß russ. — Mark bez., neumärkischer — M. bez., galizischer — M. ab Bahn bez., fein weiß. mecklenburg. 161—164 M. ab Bahn bez., per Februar — Mark bez., per Februar-März — Mark bez., per April-Mai 153¾—153½ Mark bez., per Mai-Juni 154 M. bez., per Juni-Juli 154½ M. bez., Juli-August — M. bez. Gek. — Ctr. Kündigungspreis — M. — Erbsen, Kochwaare 178—215 Mark, Futterwaare 162—177 Mark. — Weizenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 00: 30,00—28,50 Mark, Nr. 0: 28,50—27,50 Mark, Nr. 0 und 1: 27,50—26,50 Mark bez. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 29,25—28,25 Mark bez., Nr. 0 und 1: 28,00—27,00 M. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1 incl. Sack: per Febr. — M. bez., per Februar-März 27,60 Mark bez., per März-April 27,50 M. bez., per April-Mai 27,40 Mark bez., per Mai-Juni 26,85 Mark bez., per Juni-Juli 26,30 Mark bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — M. — Mais loco 145—148 M. nach Qualität gefordert, per Februar 144 M. bez., per Februar-März 142 Mark bez., per April-Mai 131 Mark bez., per Mai-Juni 129½ Mark bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Leinöl 65 M. bez. — Rüböl loco pro 100 Kilo mit Faß 52,5 Mark bez., ohne Faß 52,2 M. bez., per Februar 52,6 M. bez., per Februar-März 52,6 Mark bez., per März-April 52,6 M. bez., per April-Mai 52,6 M. bez., per Mai-Juni 53,1 M. bez., per Juli — M. bez., per Sept.-Oct. 55,2 M. bez. — Petroleum loco pro 100 Kilo incl. Faß 28,5 M. bez., per Febr. 28 M. bez., per Februar-März 27,6 Mark bez., per März-April — M. bez., per April-Mai 26,5 M. bez., per Septbr.-Octbr. 28 Mark bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — M.

Spiritus loco ohne Faß 55,2 Mark bez., per Februar 55,6—55,9—55,7 Mark bez., per Februar-März 56,6—55,9—55,7 M. bez., per April-Mai 56,1 bis 56,4—56,2 M. bez., per Mai-Juni 56,2—56,5—56,3 M. bez., per Juni-Juli 56,9—57,2—57 M. bez., per Juli-August 57,6—57,9—57,7 Mark bez., per August-September 57,8—58,1—57,9 M. bez. Gekündigt 30,000 Liter. Kündigungspreis 55,8 Mark.

Breslau, 24. Febr. [Hypotheken- und Grundstück-Bericht von Carl Friedländer, Ring 58.] Im Hypotheken-Geschäft ist in vergangener Woche eine Aenderung nicht eingetreten; der Zinsfuß für feinste Stücke hält sich auf 4½ pCt., der Geldstand bleibt recht flüssig. Von brauchbaren Hypotheken liegen, da der Oster-Termin naht, einige Offerten mehr als früher vor, für die es aber an Bewerbern nicht fehlt. Dem zufolge haben sich die Umsätze etwas gehoben, ohne gerade belangreich zu sein. Recht lebhaft gestaltete sich in den letzten Tagen das Grundstück-Geschäft, das in immer weiteren Kreisen Interesse erregt. Die Zahl solventer Käufer vermehrt sich täglich, und die Steigerung der Kauflust documentirt sich in einer erheblichen Zunahme der Besitzveränderungen. Von den Umsätzen erfolgen nur wenige im Tauschwege, meist werden erhebliche Baar-Anzahlungen geleistet, doch verlangen die Käufer ausreichende Verzinsung des angezahlten Capitals, gute Lage und gute Ausstattung der zu erwerbenden Häuser.

⊕ **Breslau**, 25. Febr., 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war der Geschäftsverkehr im Allgemeinen von keiner Bedeutung, bei mäßigem Angebot Preise unverändert.

Weizen, nur feine Qualitäten gut beachtet, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 18,70 bis 20,30—21,30 Mark, gelber 17,70—19,30 bis 20,30 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. 19,30 bis 20,00 bis 20,50 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste ohne Aenderung, per 100 Kilogr. 14,60 — 15,70 Mark, weiße 16,40 bis 17,00 Mark.

Hafer preishaltend, per 100 Kilogr. 13,80—14,20—14,80 bis 15,20 Mark, feinster über Notiz bezahlt.

Mais behauptet, per 100 Kilogr. 13,00—13,30—13,60 Mark.

Erbsen schwach gefragt, per 100 Klgr. 17,50—18,50 bis 20,50 Mark, Victoria- 20,00—21,00—21,50 Mark.

Bohnen schwacher Umsatz, per 100 Kilogr. 18,50—,19,50—20,00 M.

Lupinen behauptet, per 100 Kilogr. gelbe 9,30—9,60—10,00 Mark, blaue 9,20—9,50—9,80 Mark.

Wicken ohne Aenderung, per 100 Kilogr. 12,80—13,00—14,00 Mark.

Oelsaaten ohne Aenderung.

Schlaglein preishaltend.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	—	24	50	23	—
Winterraps	23	50	22	75	21	75
Winterrübsen	22	75	22	—	21	25
Sommerrübsen	23	50	22	—	21	25
Leindotter	22	—	21	50	21	—

Leinkuchen in ruhiger Haltung, per 50 Kilogr. 9,40—60 Mark, fremde 8,40—8,80 Mark.

Rapskuchen unverändert, per 50 Kilogr. 6,90—7,10 Mark, fremde 6,50—6,70 Mark.

Kleesamen schwacher Umsatz, rother unverändert, per 50 Kilogr. 34—38—40—45 Mark, hochfeiner über Notiz, — weißer ruhig, 38—50 bis 60—68 Mark, hochfeiner über Notiz.

Tannenklee behauptet, per 50 Kilogr. 32—40—45 Mark.

Thymothee fest, per 50 Kilogr. 23—25—27 Mark.

Mehl in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. Weizen fein 30,25—30,75 Mark, Roggen fein 31,00—31,75 Mark, Hausbacken 29,75—30,75 Mark. Roggen-Futtermehl 11,00—12,00 Mark. Weizenkleie 9,25—9,75 Mark.

Heu 2,80—3,00 Mark per 50 Kilogr.

Roggenstroh 21,00—24,50 Mark per Schock à 600 Kilogr.

⊠ **Sagan**, 23. Febr. [Vom Getreide- und Productenmarkt.] Der letzte Wochenmarkt war mit ausreichender Zufuhr in allen Getreidearten und beinahe sämmtlichen Qualitäten versehen, nur Weizen und Gerste geringerer Sorte fehlten am Platze. Da das Geschäft sich zu keiner besonderen Lebhaftigkeit entwickelte, so sanken die Getreidepreise fast durchweg um eine Kleinigkeit; die übrigen Marktartikel blieben fest, nur Eier gingen um 20 Pfennige herauf. Den amtlichen Preisfeststellungen zufolge wurden gezahlt pro 100 Kilogramm oder 200 Pfund Weizen schwer 22,06 Mark, mittel 21,76 M., Roggen schwer 22,02 Mark, mittel 21,72 M., leicht 21,14 M., Gerste schwer 16,40 M., mittel 16,00 M., Hafer schwer 17,00 M., mittel 15,50 M., leicht 15,00 M., Kartoffeln 5,00 Mark, Stroh 5,00 M., Heu 6,00 M., Butter 2,00 M., das Schock Eier 3,60 M. — Die Witterung der verflossenen acht Tage war so beschaffen, daß das Aufthauen des Erdbodens ohne Unterbrechung fortgehen konnte. Die Nächte brachten fast alle mehr oder weniger Frost, am kältesten war es Sonntag früh. Die Tage waren sämmtlich durch prachtvollen Sonnenschein ausgezeichnet, nur die scharfe Luft dämpfte die Frühlingsgedanken einigermaßen. Heute bemerkten wir hierselbst die ersten Schwalben; möchten sie sich nur nicht zu zeitig hergewagt haben.

§ **Frankenstein**, 23. Februar. [Productenmarkt.] Die Zufuhr zum heutigen Wochenmarkt war eine stärkere als vor acht Tagen. Fast sämmtliche Getreidesorten gingen im Preise zum Theil nicht unwesentlich zurück. Amtlich notirte man Weizen mit 16,60—19,80—21,30 Mark, Roggen mit 20,30—21—21,70 M., Gerste mit 14,30—15,50—16,10 Mark, Hafer mit 14,60—15,30—16,10 M., Erbsen mit 18,20 M., Kartoffeln mit 5,80 Mark, Heu mit 5,25 M., Stroh mit 3,50 Mark pro 100 Klgr., Butter (1 Kilogr.) mit 1,65 M., Eier (das Schock) mit 2,60 M. — Die Witterung in der verflossenen Woche war anhaltend schön.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Febr. 24., 25.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme (C.)	+ 3°,4	— 0°,6	— 3°,6
Luftdruck bei 0° (mm)	755‴,4	752‴,9	750‴,2
Dunstdruck (mm)	2,7	2,3	3,1
Dunstsättigung (pCt.)	47	53	89
Wind	SO. 2.	S. 2.	SW. 1.
Wetter	heiter.	heiter.	heiter.

Wasserstand. Breslau, 25. Febr. O.-P. 4 M. 84 Cm. U.-P. — M. — Cm.
24. Febr. O.-P. 4 M. 84 Cm. U.-P. — M. — Cm.
Eisstand.

Vermischtes.

[Der Kronprinz] ging mit seinem Adjutanten am Sonntag Nachmittag die Behrenstraße in Berlin entlang, als ihn ein kleiner Bengel von etwa 7 Jahren darum ansprach, ihm doch einige Bilder abzukaufen. Es waren oder sollten vielmehr die Portraits des jungen Brautpaares sein. Zwar kosten die bunten Bilder incl. Rahmen nur 10 Pfennige, aber sie sind auch danach. Der Kronprinz besah sich die Kunstwerke näher und lachte hell auf. Nachdem er sich von seinem Staunen über die „frappante Unähnlichkeit" erholt hatte, fragte er den Jungen nach dem Preise. „Ich habe aber kein Geld bei mir", fuhr der Kronprinz fort. „Trage ein Paar Bilder nach dem Palais und sage, sie sollen sie Dir bezahlen. Ich schicke Dich!" — „Ick wer mir hüten, da schmeißen sie mir ja raus!" lautete dreist und gottesfürchtig die Antwort des Jungen, und damit trollte er sich. — „Junge", fragte ihn ein Vorübergehender, „weißt Du denn, wer eben mit Dir gesprochen hat? — „Na ob", entgegnete der Kleine, vergnügt lachend, „det war der Kronprinz!"

[Krisen-Anekdote.] Ein conservativer Abgeordneter wurde gefragt, ob es wahr sei, daß er als Minister des Innern der Nachfolger Eulenburgs wird, und erwiderte darauf lakonisch unter stürmischer Heiterkeit der Zuschauer: „Ja — aber erst muß das Unfall-Versicherungs-Gesetz fertiggestellt sein!"

[Ein wissenschaftlicher Ball.] Admiral Mouchez, Director des astronomischen Observatoriums zu Paris, gab jüngst eine große wissenschaftliche Ball-Soiree im Observatorium, welcher die Spitzen der wissenschaftlichen und politischen Welt Frankreichs beiwohnten. Herr Mouchez hatte die originelle Idee, den alljährlichen officiellen Ball, den er zu geben gewohnt ist, wie dies bei sonstigen Gelegenheiten durch declamatorische und musikalische Genüsse geschieht, durch wissenschaftliche Demonstrationen einzuleiten. Das Programm des Abends führte die großen Errungenschaften auf dem Gebiet der Elektricitätslehre vor. Die Ausstellung und die Demonstrationen wissenschaftlicher Instrumente waren brillant. In erster Linie die neuen telephonischen Instrumente von Maiche, welche gestatten, den Schall der Stimme auf mehrere Millionen von Kilometern fortzuleiten. Weiter die elektrischen Registrirapparate von Maret; außerdem bildete einen der vorzüglichsten Theile des Programms die Beleuchtung innerer Körperhöhlen durch Trouvé. Großes Interesse erregte ein von demselben construirtes kleines Boot, dessen Schraube auf elektrischem Wege bewegt wurde und das in einem großen Krystallbassin hin- und herschwamm. Auch die elektrischen Instrumente, deren man sich bediente, um den Puls und die Herzbewegungen laut hörbar zu machen, die Erfindung eines Frankfurter Arztes, wie die „Frankf. Zeitung" bemerkt, wurden von Dr. Bertin demonstrirt und von den Anwesenden bewundert. Auch die Vorführung des Photophons, der neuesten Erfindung des Amerikaners Bell, bildete einen Theil des interessanten Programms. Die beabsichtigte Vorführung der Sternenwelt mittelst der vorhandenen Teleskope konnte wegen bedeckten Himmels nicht in Ausführung gebracht werden. Den Demonstrationen schloß sich der übliche officielle Ball an.

Literarisches.

„Das Buch vom bewußten und unbewußten Herrn Meyer." Humoristisches Supplement zu Hartmann's „Philosophie des Unbewußten, in zierliche Reimlein gebracht von M. Reymond. Mit 95 Illustrationen von H. G. Ströhl. Zweite Auflage. Bern und Leipzig 1879. Georg Frobeen u. Comp.

Reymond's berühmtes Büchlein vom gesunden und kranken Herrn Meyer hat schnell einen Nachfolger gefunden in diesen der philosophischen Facultät gewidmeten Gesängen, und auch der „unbewußte Meyer" liegt bereits in zweiter Auflage vor. Wer wollte noch behaupten, daß unserer Zeit der Sinn für Philosophie abhanden gekommen ist! Justizrath Meyers haben ihre schöngeistigen „Donnerstage" durch einen philosophischen Abend vervollständigt. Es wird ein „neues Gastmahl des Platon" veranstaltet, eine köstliche Parodie! Die nach griechischer Weise bekränzten Hausfreunde und Hausfreundinnen führen uns die verschiedenen philosophischen Systeme vor Augen. Die schwungvollen Verse, die drolligsten Contraste, die höchst gelungenen Silhouetten-Bilder verstärken die Wirkung der unbewußten Komik der „Philosophen." Die Philosophie des Unbewußten umstrickt den Geist des Herrn Meyer, und dieser gemüthliche Herr, der bisher ein Optimist von reinstem Wasser, sich in der Welt recht wohl befand, wird von jetzt ab zum Pessimisten. Er verfällt dem „philosophischen Hypochonderthum." Die seelische Modekrankheit, die „phantastisch übertriebenen Doctrinen der Philosophie des Unbewußten" werden in der humoristischen Darstellung seiner Schrullen, die schließlich zur Entlassung des Herrn Meyer vom Justizdienst aus „Gesundheitsrücksicht" führen, gegeißelt. Ein etwas unvermittelter Schlußgesang zeigt indeß seine Heilung.

Die Türkei. Reise-Handbuch für Konstantinopel von Dr. Moritz Busch. Wien. Buchhandlung Moritz Perles.

Es liegt uns die dritte, verbesserte Auflage dieses Reisehandbuches vor, welches sich durch Vollständigkeit des Inhalts bei größter Uebersichtlichkeit vortheilhaft auszeichnet und für jeden Orientreisenden unentbehrlich ist. Das Buch giebt praktische Winke sowohl bezüglich der Vorbereitungen zur Reise wie bezüglich der Reisetouren, ferner eine eingehende Beschreibung von Konstantinopel, seiner Sehenswürdigkeiten, einen Plan für die Besichtigung der Stadt und ihrer Umgebung, und eine detaillirte Schilderung aller merkwürdigen Bauten und sonstigen Sehenswürdigkeiten, sowie der Sitten der Bevölkerung. Außer der Hauptstadt sind von den übrigen Ländern der Balkanhalbinsel Rumelien, Bulgarien, Macedonien, Bosnien und Albanien eingehend behandelt. Der Verfasser, dessen Schreibegewandtheit aus seinen Werken über den Fürsten Bismarck hinlänglich bekannt ist, hat es verstanden, den Stoff interessant zu behandeln.

Deutsche Jugend. Herausgegeben von Jul. Lohmeyer. Künstlerischer Leiter Oscar Pletsch. Verlag von Alphons Dürr, Leipzig. Das soeben erschienene Februarheft (Band XVII, Heft 5) enthält: Von Herrn Eberhard von Bodmann und dem Nebelmännlein — eine Sage vom Bodensee, von Johann von Wildenrath, mit Originalzeichnungen von Eugen Klimsch. Der Spielmann und die Elfen — nach einem indischen Märchen von Jul. Sturm, mit Originalzeichnungen von Joh. Gehrts. Drei kleine Geschichten von Werner Hahn. Schweizer Sagen von Adolf Frey. Zu Mutters Geburtstag, ein kleines Festspiel von Georg Lang, mit Originalzeichnung von E. Klimsch. Die Erforschung der Nigermündung, Afrikanische Reiseskizze von Oscar Höcker. Gedichte, Sprüche, Räthsel und Knackmandeln von Friedr. Güll, Victor Blüthgen, Rob. Löwicke u. A., mit Illustrationen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.